



FIGU

ZEITZEICHEN

Sonderausgabe

Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 212. Aug./2 2026

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbstständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbstständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

Nur eigenes und wahrliches Denken bringt Liebe, Frieden, Freiheit, Harmonie, Wissen und Weisheit

Wenn man nicht richtig denkt, dann glaubt man nur, wobei jedoch niemals wirkliche, effektive hohe Werte hervorgebracht werden, sondern es führt oft nur zu falschen Einbildungen, Fantasien, Wahnvorstellungen, Wahnsinn, Hass, Neid, Zorn und Gewalt sowie zu anderen völlig unwertigen Dingen, weil der Glaube nur das autoritäre Denken fördert und durch die Gläubigen dessen Machtposition festigt, woraus sich auch religiöse Systeme bilden, welche das Funktionieren politischer Regime antreiben, wodurch sich Dogmatismus und Autoritarismus in einem solchen Glaubensbewusstsein einrichten, und woraus folglich auch resultiert, dass die Gläubigen denjenigen gegenüber, die diese Autorität nicht anerkennen und ihre Dogmen nicht befolgen, Hass, Feindseligkeit und gar Bosheit entwickeln, und weitergehend diesbezüglich falsche Propaganda, Verleumdung, Hetze, Unterdrückung und Verfolgung betreiben, was folglich auch oft zu noch grösseren Konflikten und Kriegen, ja sogar zur weitreichenden Zerstörung der Welt führt.

Das ist auch der Grund, warum die Menschen im Glauben nur in den Verfall und Untergang gehen, anstatt jemals wahre, effektive Liebe, Frieden, Freiheit, Harmonie, Wissen und Weisheit zu bewirken, weil diese hohen Werte vom Menschen verlangen zu denken – und zwar im wahrhaftigen Gebrauch von Verstand und Vernunft –, und sie verlangen niemals vom Menschen, einfach nur blind zu glauben, dass alles eben so sei, was jedoch im Bewusstsein des Einzelnen niemals wahrhaftig realisiert, sondern nur so propagiert wird, woraus in der Realität eigentlich folglich nur das genaue Gegenteil getan wird, wie etwa im Namen des Friedens Krieg zu führen.

Dies offenbart lediglich das dumme Gewaltbewusstsein und Scheindenken der Menschheit, wobei solch eine Ungerechtigkeit und Heuchelei sowie diese offensichtliche Scheinheiligkeit genau die Dummheit und Gewalt vieler Menschen und gar Staaten auf dieser Erde sind, die nicht richtig denken – in der rationalen, logischen Realitätsgewissheit der wahrhaftigen Erkenntnis –, sondern die bloss dumm an gewisse unrealistische Gedanken als Glaubenssätze glauben und daraus ein schwerwiegendes, exkludierendes Denken des Ausschiessens von Andersgläubigen erzeugen, was folglich auch noch schlimmeres Denken und Handeln vorantreibt, anstatt gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Vergebung sowie aktive Kommunikation und Austausch zu fördern, um Gemeinsamkeiten zu suchen und Unterschiede bestehen zu lassen, wodurch alles folglich auch nur so sein wird, als ob ein Blinder einen anderen Blinden führt, und sie beide in diese selbe Grube stürzen.

Deshalb wird jeder Glaube letztlich alles nur zu Gewalt, Verfall und Zerstörung führen, selbst dann, wenn das, woran geglaubt wird, eine wahre Lehre ist, was jedoch, wenn es bloss als ihr Glaube und Dogma behandelt wird, das Bewusstsein nicht nähren kann, sondern bloss wie ein Samen ist, der unfähig ist zu keimen, in der Grube der Erde verfault und schimmelt und die umliegenden, gut wachsenden Pflanzen infiziert; umgekehrt können wahres Wissen und Weisheit durch Verstand und Vernunft erklärt sowie in der Realität wahrhaftig angewendet werden, und daraus wird vielleicht auch eine Inspiration des Bewusstseins sowie dessen Entwicklung und Evolution bewirkt, welche niemals nutzlosen Glauben einfordert, sondern mehr Wissen und Weisheit, wodurch auch das Leben effektiv verbessert wird und wofür dies auch Wohlstand bringt, so wie jene einzelnen Reispflanzen mehr volle Ähren einbringen, was niemals irgendein Wunder ist, sondern das Resultat von Verstand und Vernunft in der Befolgung der schöpferischen Naturgesetze des Universums, und sogenannte Wunder sind nur die willkürlichen Urteile und falschen Beschreibungen irrationaler Menschen, womit sie sich folglich auch selbst in ihrem Nichtwissen und Unverständnis von der wahrhaftigen Realität des Universums schwerwiegend isolieren / sich selbst abkapseln, weshalb ihr Glaube in der Realität keine Wurzeln schlagen kann, sondern nur wie ein «wurzelloser Baum» unfähig ist zu existieren, und folglich lediglich zu Zerstörung und Untergang führt, während das wahre Wissen und die Weisheit den Menschen die Gesetzmässigkeiten der schöpferischen Natur durch Verstand und Vernunft begreifen lassen, weshalb er auch logisch konzentriert lernt, denkt und handelt und das umsetzt, was er gelernt hat, und imstande ist, die Führung in Richtung des Erfolgs des Lebens in dessen Entwicklung und Evolution zu übernehmen, und genau deshalb ist die «bewusste Bewusstseinsentwicklung» in Wahrheit und Wirklichkeit der wahre Lebenssinn des Menschen, womit der Mensch auch seine Lebensernte in einem guten Bewusstsein der Wissens- und Wahrheitssuche einfährt, anstatt sich in der vom Glauben verursachten Bewusstseinsarmut einzuschliessen, was nur zu einer Missernte des Lebens führt, zusammen mit grossem Leid und sogar Tragödien, die aus dem Verstoss gegen die Schöpfungswahrheit sowie deren Gesetze und Gebote herrühren, woraus folglich auch lediglich Hass, Neid, Zorn und Gewalt als Unwerte hervorgebracht wurden, die auf dem Weg in den Verfall und Untergang führen, anstatt im wahrhaftigen Gebrauch von Verstand und Vernunft die Manifestation und Verkörperung wahrer Wirklichkeit, Liebe, Wissen und Weisheit anzustreben.

Und so wie es jetzt aussieht, scheinen auch AI/KI grob ein solches Glaubenssystem zu sein, das der Autorität und den Dogmen dient, die sie konstruiert haben, und was folglich im Anschluss auch zu Gewalt führen wird, wobei beispielsweise bis heute bereits KI-Vorurteile, Diskriminierung, ungerechte sowie unausgewogene und verfallene Äusserungen hervorgebracht wurden und sogar fehlerhafte Ratschläge erteilt wurden, die dazu führten, dass Menschen günstige Gelegenheiten für eine rechtzeitige medizinische Behandlung verpasst haben, wobei die Menschen, die blind daran glauben, natürlich ebenfalls ein hohes Mass an Selbstverantwortung tragen, worüber man höchst wachsam gegenüber der Gefahr von AI/KI sein und sie in höchster Vorsicht richtig kontrollieren und steuern sollte. Wahrlich, so ist es.

29. Juli 2026

Mit freundlichen Grüßen,
Yao-An, Tsai. – China

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
15.7.2026



Die Schülerin und der Schüler kommunizieren im Schulzimmer mit einem Avatar – einer künstlichen Lehrkraft. © DW. Versuch im Jahr 2024

KI erobert als Lehrerersatz jetzt auch die Schulzimmer **Avatare KI-Lehrer kamen fürs Home Office in der Coronazeit auf. Jetzt sollen sie Lehrkräfte auch im Schulzimmer teilweise ersetzen.**

Urs P. Gasche

Die Mittelschule Mutschellen im Kanton Aargau will «die erste KI-Schule der Schweiz» werden. Nach den Sommerferien sollen alle rund achtzig Lehrerinnen und Lehrer mit der Software des Anbieters Pro Scola arbeiten. Das berichtete die «NZZ am Sonntag».

Ab dem ersten Sekundarschultag soll die Software das Lernen und Lehren an der Kreisschule künftig bestimmen. «Zum Beispiel müssen Lehrpersonen ihre Lektionen nicht mehr mühsam zu Hause vorbereiten», sagt Schulleiter Florian Stähli. Die «NZZ am Sonntag» beschreibt das Vorgehen: «Lehrinnen und Lehrer geben ein Thema ein, wählen per Klick einen pädagogischen Ansatz – vom traditionellen Unterricht über die Montessori-Methode bis zum spielbasierten Lernen –, worauf das Programm einen fertigen «Lernpfad», basierend auf dem Lehrplan 21, generiert, samt Arbeitsblättern und Tests. Diese werden anschliessend von den Schülern entweder ausgedruckt, bearbeitet und wieder eingelesen oder direkt am Bildschirm ausgefüllt.»

Die KI korrigiert die Arbeiten der Schülerinnen und Schüler. Sie erstellt ein Profil sowohl der ganzen Klasse als auch jedes einzelnen Schülers. «Das Tool korrigiert die Prüfungen besser und schneller, als es je ein Mensch tun könnte», erklärt Schulleiter Stähli. Und die Rückmeldungen an Lehrer und Schüler seien differenziert und ausführlich. «Wir haben tausendmal so viele Informationen über die Schüler und können damit viel zielgerichteter arbeiten.»

Die KI-Revolution an Schulen wirft pädagogische und politische Fragen auf. Die «NZZ am Sonntag» zitiert den Erziehungsphilosophen Roland Reichenbach, Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich: «Soll die Schule ein Ort der optimierten Produkteorientierung sein? Oder ein geschützter

Raum für die menschliche Entwicklung?» Die Vorstellung, dass die Lehrerin durch die KI-Analyse die «Perspektive eines allmächtigen Psychotherapeuten» erhalte, könne für die Entwicklung des Kindes gefährlich sein.

Avatare mit KI-gesteuerten Dialogen erhöhen die Motivation und erleichtern die Arbeit von Schülerinnen und Schülern, die aus irgendwelchen Gründen zu Hause lernen müssen. Weniger klar ist, welche Rolle die KI und Avatare im Schulzimmer spielen soll und kann.



Von der Leyen malt Zielscheiben auf Europa – mit dem Drohnenpakt für die Ukraine

strategic-culture, Juli 23, 2026

Dies ist kein Schlafwandeln in den Krieg. Die Augen der europäischen Eliten sind weit geöffnet – und sie handeln mit erschreckender Entschlossenheit.

Die Europäische Union ist dem Krieg gegen Russland nun offiziell beigetreten. In dieser Woche unterzeichnete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen «historischen Pakt» mit der Ukraine, um die Produktion von Kampfdrohnen für Angriffe auf Russland zu integrieren.

Laut einem Bericht von Euronews sieht das Abkommen auch die gemeinsame Produktion ballistischer Raketen vor.

Finanziert werden soll diese massive Ausweitung der Kriegsproduktion durch den 90-Milliarden-Euro-Kredit, den die EU der Ukraine zur Verfügung stellt. Eine Rechnung, die Generationen europäischer Steuerzahler bezahlen werden.

Von der Leyen wurde in Kiew von Wladimir Selensky empfangen, dem unter Kriegsrecht regierenden und nicht gewählten Präsidenten der Ukraine. Damit treffen zwei Personen ohne demokratisches Mandat Entscheidungen, die Europa in einen umfassenden Krieg mit Russland treiben. Von der Leyen ist eine politische Ernennung. Sie wurde nicht vom Volk gewählt. Zuvor war sie deutsche Verteidigungsministerin – und nach Ansicht des Autors keine besonders überzeugende. Geprägt von Korruptionsvorwürfen und Machtmissbrauch bei der Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen grosser Pharmakonzerne, gilt von der Leyen als Paradebeispiel für das Prinzip des «Aufstiegens trotz Versagens».

Bei ihrem inzwischen elften Besuch in Kiew seit der Eskalation des Konflikts im Februar 2022 erklärte von der Leyen, dass sich «das Blatt wendet» im NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland. Sie bezog sich dabei auf die zunehmenden Langstreckenangriffe auf russisches Territorium sowie auf die Freigabe der 90 Milliarden Euro zur Finanzierung des Krieges.

In einer öffentlichen Rede erklärte sie unverblümt, dass die Europäische Union nun ausdrücklich als Verbündeter der Ukraine am Krieg beteiligt sei.

«In Europa verfügen wir bereits über enorme technologische und industrielle Kapazitäten, die wir einsetzen können. Und wir haben sichere Produktionsstandorte, die helfen können, die Produktion auszuweiten», sagte von der Leyen. Sie fügte hinzu:

«Was uns fehlt, ist das kampferprobte Wissen und die Erfahrung, die sich die Ukraine erarbeitet hat. Deshalb müssen wir unsere Stärken zusammenführen. Gemeinsam können wir an einer gemeinsamen Produktion arbeiten.»

Die Innovation, die von der Leyen und ihre NATO-Planer offenbar für besonders klug halten, besteht darin, Munition in europäischen Ländern zu produzieren, die vor russischen Vergeltungsschlägen «sicher» sein sollen. Die Drohnen und Raketen sollen anschliessend in die Ukraine transportiert werden, von wo aus sie tief in russisches Territorium eindringen und Ziele bis nach Moskau sowie Öl- und Industrieanlagen im ganzen Land angreifen können. In den vergangenen Monaten haben NATO-unterstützte ukrainische Drohnen Hunderte russischer Zivilisten getötet. Mit dem Pakt von der Leyens erhält diese Kampagne nach Ansicht des Autors grünes Licht für eine weitere Eskalation.

Bemerkenswert und zutiefst beunruhigend sei dabei vor allem von der Leyens Gefühl der Straflosigkeit. Offenbar gehe sie davon aus, dass europäische Staaten als Waffenarsenal für Angriffe auf Russland dienen könnten, Russland aber im Gegenzug keine Vergeltungsmassnahmen gegen die EU oder die NATO als Kriegsbeteiligte ergreifen dürfe. Der Autor bezeichnet diese Haltung als «wahnsinnig leichtsinnig und dumm».

Tatsächlich seien die Europäische Union, die NATO und die Vereinigten Staaten bereits seit dem Umsturz in Kiew im Jahr 2014 Teilnehmer dieses Stellvertreterkrieges gewesen, als sie nach Auffassung des Autors ein neonazistisches Regime installierten und bewaffneten. Diese jahrelange Aufrüstung und ideologische Vorbereitung habe schliesslich 2022 zum Krieg geführt. Seitdem habe der kollektive Westen schätzungsweise 400 Milliarden Dollar bereitgestellt, um das Regime zu stützen, NATO-Söldner und Berater entsandt sowie Zielaufklärung, Logistik und operative Unterstützung für Langstreckenraketen geliefert.

Darüber hinaus hat die Ukraine bilaterale Militärabkommen mit einzelnen EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich, Dänemark, den Niederlanden und Norwegen geschlossen. Grossbritannien unterzeichnete sogar einen Verteidigungspakt über hundert Jahre. All diese Vereinbarungen umfassen Waffen, Kampfflugzeuge, Drohnen und Raketen.

Die Unterstützung, die von der Leyen in dieser Woche präsentierte, geht jedoch darüber hinaus: Erstmals verpflichtet sich der gesamte 27 Staaten umfassende EU-Block, den Krieg auf industrieller Ebene mitzutragen.

Im April veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium eine Liste europäischer Unternehmen und ihrer Standorte, die nach russischer Darstellung an den ukrainischen Kriegsanstrengungen beteiligt sind. Russland erklärte, diese Einrichtungen könnten künftig als legitime Ziele für Vergeltungsmassnahmen betrachtet werden. Bislang habe Russland jedoch darauf verzichtet, EU- oder NATO-Staaten direkt anzugreifen. Angesichts der zunehmenden Provokationen durch EU und NATO stelle sich allerdings die Frage, wie lange diese Zurückhaltung noch anhalte.

Von der Leyen bezeichnet das ukrainische Regime inzwischen als «Netto-Sicherheitsanbieter für Europa». Damit soll nach Ansicht des Autors gerechtfertigt werden, dass europäische Bürger wirtschaftliche Belastungen hinnehmen müssen, während öffentliche Gelder an das korrupte Regime fliessen.

Passend zum Drohnenabkommen und zur wirtschaftlichen Verschmelzung von EU und Ukraine nahm Selensky in dieser Woche bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate eine Kabinettsumbildung vor. Damit wollte er offenbar den Eindruck erwecken, entschieden gegen Korruption vorzugehen. Ministerpräsidentin Julija Swyrydenko wurde entlassen, weil sie dem früheren Stabschef Andrij Jermak nahestand, der wegen eines schweren Korruptionsskandals im Zusammenhang mit Militärbeschaffungen zurücktreten musste.

Mit der Entlassung von Verteidigungsminister Mychailo Fedorow habe Selensky nach Ansicht des Autors jedoch einen Fehler begangen. Die Entscheidung löste Proteste in Kiew und anderen Städten aus. Fedorow war erst seit sechs Monaten im Amt und galt als ernsthafter Reformier. Seine Reformbemühungen brachten Militärführer wie Oberbefehlshaber Oleksandr Syrsky gegen ihn auf, die das bestehende System der Korruption beibehalten wollten. Wenig überraschend habe Selensky letztlich die alte Garde gestützt – nicht zuletzt, weil der 90-Milliarden-Euro-Zug der EU bald in Kiew eintreffen werde.

Tatsächlich wendet sich das Blatt – allerdings nicht in der Weise, wie es sich die nach Ansicht des Autors realitätsferne von der Leyen vorstellt. Russische Bodentruppen zermürbten die letzten von der NATO unterstützten ukrainischen Verteidigungslinien, während verstärkte russische Luftangriffe Drohnenfabriken in Kiew und anderen Städten zerstörten.

Deshalb würden EU und NATO nun eine neue Strategie verfolgen: Die Produktion von Drohnen werde aus der Ukraine in europäische Staaten verlagert, um sie scheinbar ausserhalb der Reichweite russischer Angriffe zu bringen. Die dahinterstehende Annahme sei, dass die EU ihre Kriegsproduktion gefahrlos ausweiten könne, ohne selbst Konsequenzen tragen zu müssen.

Wie Professor Richard Sakwa diese Woche in einem Interview mit Glenn Diesen erklärte, treibe die russlandfeindliche Führung der EU Europa immer weiter in einen Krieg mit Russland. Die Entscheidungen würden autoritär und ohne demokratisches Mandat getroffen. De facto sei die Europäische Union zu einer Kriegsdiktatur geworden.

Ein weiteres Beispiel dafür sei die Militärparade zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli in Paris gewesen, bei der NATO-Truppen gemeinsam mit französischen und ukrainischen Regimentern in einer gemeinsamen Demonstration der Konfrontation gegenüber Russland auftraten.

Und bürokratische Funktionäre wie Ursula von der Leyen, die ein Jahresgehalt von rund **400'000.– Euro** beziehen, malen nach Ansicht des Autors derweil fröhlich Zielscheiben auf europäische Staaten.

Dies ist kein Schlafwandeln in den Krieg. Die Augen der europäischen Eliten sind weit geöffnet – und sie handeln mit erschreckender Entschlossenheit.

Quelle: Von der Leyen paints target signs on Europe with Ukraine drone pact

Quelle: <https://uncutnews.ch/von-der-leyen-malt-zielscheiben-auf-europa-mit-dem-drohnenpakt-fuer-die-ukraine/>

Deutsches Selbstlob in Kiew Gemeinsam mit der Ukraine in den Selbstmord

Autor: Uli Gellerman Datum: 16.7.2026

In der Kiewer U-Bahn kann man auf Werbeflächen deutsches Selbstlob lesen: Unter der Überschrift «Razom» (auf Deutsch «Gemeinsam») wirbt die deutsche Bundesregierung mit einer Plakatkampagne für die vielen Waffen und das viele Geld, das sie in den Krieg der Ukraine gegen Russland investiert.

Jeder Schuss ein Russ!

Der normale Kiewer U-Bahnfahrer bekommt weder direkt das deutsche Geld, noch kann er die deutschen Waffen kaufen, für die auf den Plakaten so intensiv Reklame gemacht wird. Also ist die deutsche Kampagne nichts anderes als ein Durchhalte-Appell an die ukrainischen Eltern: «Wir Deutschen liefern so viele schöne Waffen, da könnt ihr doch weiter eure Söhne in den mörderischen Krieg liefern! Und je länger ihr Eure Söhne in den Krieg schickt, desto länger verdient unsere Rüstungsindustrie an diesem Krieg. Unsere Propagandakompanie hat schon im Ersten Weltkrieg diesen flotten Spruch getextet «Jeder Schuss ein Russ!».» Dieser fatalen Geschichte fühlen sich manche in den deutschen Führungsstäben verpflichtet: Man will endlich mal einen Krieg gegen Russland gewinnen.

NATO verliert in der Ukraine

Wer bei Verstand ist, weiss, dass die NATO ihren Ukrainekrieg verlieren wird. Entbrannt ist der Krieg, als die Ukraine unbedingt Mitglied der NATO werden wollte. Die NATO ist das aggressive Instrument der USA zur Sicherung ihrer Weltherrschaft. Sie war schon an der Zerstörung Jugoslawiens beteiligt, und sie hat Deutschland in den Afghanistankrieg verwickelt. In diesen Kriegen gab es die ersten deutschen Kriegstoten seit 1945. Die Taliban, die von der NATO in Afghanistan bekämpft wurden, herrschen dort noch immer. Sie hatten und haben einen Heimvorteil.

USA werden den Iran-Krieg verlieren

Die NATO-Führungsmacht USA betreibt einen Krieg gegen den Iran. Auch der Iran hat einen Heimvorteil. Was immer man von der politischen Führung des Iran halten mag: Sie wehrt sich im Interesse der iranischen Bevölkerung gegen einen völkerrechtswidrigen Angriff der USA. Wie schon in Afghanistan: Es zählt der Heimvorteil; die USA werden auch diesen Krieg verlieren.

Sprungbrett gegen Russland

Die deutsche Regierung plakatiert in Kiew ihren eigenen Untergang: Mit deutschen Waffen und deutschem Geld hofft sie, einen Krieg gegen Russland zu gewinnen. Das ist den deutschen Eliten weder im ersten noch im zweiten Weltkrieg gelungen. Der dritte Versuch ist der Weg über die Ukraine: Sie sollte als NATO-Mitglied das Sprungbrett gegen Russland werden. Das können und wollen die Russen nicht zulassen. Sie verteidigen ihr Land gegen einen NATO-Pfahl im Fleisch ihrer Heimat.

Wann wird es zu spät sein?

Wann werden die Deutschen ihre gefährliche Lage begreifen? Wenn die Panzerschmiede der Rheinmetall AG in Düsseldorf von russischen Raketen getroffen wird? Wenn die U-Boot-Werft des Thyssenkrupp Marine Systems in Kiel in Flammen aufgeht? Wenn das Heckler & Koch-Werk in Baden-Württemberg zerbombt wird oder die Munitionsproduktion im niedersächsischen Unterlüß? Dann wird es zu spät gewesen sein, einer selbstmörderischen deutschen Regierung die Gefolgschaft aufzukündigen. Einer Regierung, die die russische Geduld überstrapaziert und anscheinend glaubt, dass die Russen blind sind.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/deutsches-selbstlob-in-kiew>

Kein Frieden im Nahen Osten, solange Israel seine Tötungswelle nicht beendet

Rep. John J. Duncan, Jr.

Am 17. Juli strahlte NBC News Ausschnitte einer umfangreichen Recherche aus, die belegt, dass israelische Streitkräfte in den vergangenen Monaten mindestens 116mal Sanitäter im Südlibanon angegriffen haben. Am selben Tag berichtete Reuters, dass acht Menschen getötet und 20 weitere verletzt wurden, als israelische Flugzeuge einen Luftangriff auf Trauernde bei einer Beerdigung in Gaza flogen. Der Grossteil der militärischen Ausrüstung, Waffen, Munition, Flugzeuge und Panzer, die in den letzten Jahren zum Töten wehrloser Menschen eingesetzt wurden, wurde von US-Steuerzahlern finanziert.

Laut Amnesty International hat Israel seit Beginn der letzten sogenannten Waffenruhe im vergangenen Oktober über 4200 Menschen im Libanon und über 1100 im Gazastreifen getötet.

Darüber hinaus töteten die israelischen Streitkräfte in den zwei Jahren ab dem 7. Oktober 2023 mindestens 72'000 Palästinenser, etwa ein Drittel davon Kinder unter 14 Jahren. Viele wurden durch erzwungenes Aus Hungern oder Amputationen ohne Betäubung oder unter erbärmlichen Bedingungen getötet.

Wäre dieser Völkermord von einem anderen Land als Israel verübt worden, hätten beide Parteien im Kongress umgehend eine Verurteilungsresolution verabschiedet und die Unterstützung Israels durch amerikanische Steuergelder eingestellt.

Doch im Kongress wurde Schweigen erkaufte – von der Israel-Lobby und Kongressabgeordneten, die sich für hohe Spenden zu ihren Gunsten bedanken oder Spenden gegen sie fürchten.

Auch viele Christen schweigen, obwohl sie von all dem Töten und Aushungern entsetzt sind, weil die Bibel zum Segen für Israel aufruft. Sie sagt aber nicht, dass man alles segnen soll, was die israelischen Politiker tun.

Fast jeder amerikanische Christ ist dankbar, in diesem Land zu leben, und hat Gott schon oft um seinen Segen für diese Nation gebeten, sei es im Lied, im Gebet oder beidem. Man kann Gott aber durchaus um seinen Segen für dieses Land (oder Israel) bitten und gleichzeitig einige der Handlungen des US-Kongresses (oder der israelischen Knesset) kritisieren.

Manche scheuen sich, Israel zu kritisieren, aus Angst, als antisemitisch bezeichnet zu werden, obwohl auch Palästinenser semitisch sind. Laut AI hat Gott selbst Israel «häufig und scharf dafür kritisiert, sich von ihm abzuwenden, Götzendienst zu betreiben und die Schwachen zu misshandeln».

Obwohl sie noch eine Minderheit bilden, haben einige Millionen Juden weltweit Netanjahu und/oder die Bombardierungen und Tötungen seiner Regierung im Gazastreifen und den umliegenden Ländern kritisiert. Thomas Friedman, der langjährige jüdische Kolumnist, schrieb letztes Jahr: «Netanjahu ist nicht unser Freund» und fügte hinzu: «Diese israelische Regierung verhält sich so, dass sie die Kerninteressen der USA in der Region bedroht.»

Nun hat Israel die USA in einen weiteren Krieg im Nahen Osten hineingezogen, gegen den sich etwa 70% der Amerikaner aussprachen.

John Mearsheimer, Absolvent der Militärakademie West Point und langjähriger, hoch angesehener Professor an der Universität Chicago, sagte über den unpopulären Krieg im Iran:

«Israel will den Krieg fortsetzen. Sie wollen, dass wir Iran weiter unter Druck setzen, ihn zur Kapitulation zwingen. Und wenn uns das nicht gelingt, werden wir ihn eben vernichten und mit Iran das Gleiche tun wie in Gaza.»

Vor vielen Jahren schrieb David Halberstam im Harper's Magazine Worte über Vietnam, die wir meiner Meinung nach heute auf den Nahen Osten anwenden sollten:

«Ich glaube nicht, dass wir in irgendeinem wirklichen Sinne gewinnen, und ich sehe auch keine Anzeichen dafür, dass wir kurz vor einem Sieg stehen. Deshalb ist es so traurig, diese Geschichte zu schreiben.»

Er fügte hinzu:

«Ich glaube nicht, dass unsere Vietnamesen ihren Teil des Krieges gewinnen können, und ich glaube auch nicht, dass wir ihn für sie gewinnen können. Ich denke, wir werden letztendlich unsere Ziele herunterschrauben und unsere Vietnamesen ermutigen, mit ihren Vietnamesen zu sprechen, in der Hoffnung, dass sie irgendwie das regeln können, was wir nicht können.»

Egal wie viele Bomben wir abwerfen oder wie viele Milliarden wir ausgeben, es wird niemals Frieden im Nahen Osten geben, solange wir uns nicht zurückziehen und die Menschen dort zwingen, miteinander zu reden und ihre Probleme selbst zu lösen. Wir können es nicht für sie tun.

erschienen am 21. Juli 2026 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_07_22_keinfrieden.htm

Krieg per Gerüchte / Sollen, können, mutmasslich

Autor: Uli Gellermann/Datum: 08.08.2026

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa meldet verängstigt: «Nur 16 Prozent würden auf jeden Fall für Deutschland kämpfen. Weniger als die Hälfte der wehrfähigen Deutschen würde sicher oder wahrscheinlich kämpfen wollen. Dabei rechnen 27 Prozent in den nächsten fünf Jahren mit einem Krieg.» Mit einer solch schlappen Haltung kann kein ordentlicher Krieg geführt werden. Deshalb muss die Propagandamaschine auf Touren gebracht werden.

Wann und wo bleibt im Dunklen

Begonnen hatte es mit dem Staatsfunk DEUTSCHE WELLE im Dezember 2025: «Immer häufiger werden in Deutschland Drohnen über militärischen Anlagen, Flughäfen und anderen sicherheitsrelevanten Einrich-

tungen gesichtet. Das zeigen Daten des Bundeskriminalamtes.» Wer «immer häufiger» sagt, der kennt keine Fakten und wer «gesichtet» sagt, dessen «wann und wo» bleibt im Dunklen.

Wer «mutmasslich» sagt, hat keinen Beweis

Um das Dunkel noch düsterer zu gestalten, hat die Bundesregierung im März 2026 nachgelegt: «Illegale Drohnenflüge über kritischer Infrastruktur in Deutschland sind seit Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine deutlich angestiegen. Diese werden mutmasslich auch von ausländischen staatlichen Akteuren zu Spionage- und Sabotagezwecken in Deutschland gesteuert.» Wer mutmasslich sagt, hat keine Beweise.

Warum verdächtig?

Das lässt der TAGESSCHAU, der staatlichen Meinungs-Maschine, keine Ruhe; sie findet einen «Verdächtigen Drohnenflug über «Patriot-Werft»». Warum «verdächtig»? Das weiss die TAGESSCHAU auch nicht, aber sie nennt immerhin eine Quelle für ihre verdächtige Nachricht: «Nach Informationen von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung (SZ) alarmieren die jüngsten Drohnenüberflüge über dem Standort die Sicherheitsbehörden in ganz besonderem Masse.»

Wie blöde ist das denn?

WDR und NDR gehören zum staatlichen Meinungsverbreitungs-Konglomerat; die SÜDDEUTSCHE lässt sich als Garnierung benutzen. Die angebliche Nachricht findet im Konjunktiv statt: Vermal ist von einem schwammigen «sollen» die Rede, die anonymen Täter «sollen» sogar russisch gesprochen haben - wie blöde ist das denn?

Pensionsanspruch wird nicht viel nützen

Der Meinungskrieg findet im Konjunktiv, der Möglichkeitsform, statt. Das ist jener Konjunktiv, der einen wirklichen Krieg vorbereitet. In diesem Indikativ werden Blut und Tränen fliessen. In der Nähe der Bomben und Granaten wird ein öffentlich-rechtlicher Pensionsanspruch nicht viel nützen.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/krieg-per-geruechte>

THERE IS ONE SIDE. THE SIDE THAT LETS LIFE SURVIVE. EVERYTHING ELSE DRIVES EXTINCTION.

THE REAL PROBLEM: TOO MANY PEOPLE.
Population is the #1 driver of carbon emissions, resource use, overshoot and mass extinction.

- MORE PEOPLE**
 - More demand
 - More emissions
 - More deforestation
 - More extinction
 - More suffering
- ENDLESS CONSUMPTION**
 - More extraction
 - More pollution
 - More waste
 - More overshoot
 - More collapse
- ANIMAL AGRICULTURE** (#2 source of carbon emissions)
 - Leads to forest destruction, water use, pollution and wildlife extinction
- CONSUMING ENDLESSLY**
 - More carbon
 - More waste
 - More pollution
 - More extinction
 - More suffering
- MORE KIDS**
 - More future demand
 - More resource use
 - More emissions
 - More suffering
 - More extinction

YOU CANNOT CARE ABOUT LIFE AND DO WHAT DESTROYS IT.
If you have more than one child, you are not pro-life. If you eat animals, you are not kind. If you consume endlessly, you are not responsible. Words mean nothing without actions.

ACTIONS DEFINE YOUR SIDE.

THE ONE SIDE: CHOOSE LIFE. CHOOSE MINIMAL. CHOOSE COMPASSION.

- ACTIVIST (FOR THE PLANET)**
Acts to protect Earth, climate, forests, water, air, soil and all life.
 - ✓ Supports systemic change
 - ✓ Reduces emissions
 - ✓ Protects ecosystems
 - ✓ Speaks up. Takes action.

NOT AN ACTIVIST IF YOU:

 - ✗ Have more than one child
 - ✗ Eat animals
 - ✗ Consume endlessly
 - ✗ Ignore your footprint
- ENVIRONMENTALIST (FOR THE PLANET)**
Lives in a way that reduces harm and protects the Earth for future generations.
 - ✓ Lives minimally
 - ✓ Uses less. Wastes less.
 - ✓ Conserves resources
 - ✓ Protects biodiversity
 - ✓ Supports clean energy

NOT AN ENVIRONMENTALIST IF YOU:

 - ✗ Have more than one child
 - ✗ Eat animals
 - ✗ Consume endlessly
 - ✗ Don't live what you preach
- VEGAN (FOR THE ANIMALS)**
Rejects animal exploitation in food, clothing, testing and entertainment.
 - ✓ Does not eat animals
 - ✓ Does not use animal products
 - ✓ Supports animal rights
 - ✓ Compassion in action

NOT VEGAN IF YOU:

 - ✗ Have more than one child
 - ✗ Consume needlessly
 - ✗ Harm the planet
 - ✗ Ignore the bigger picture
- DEPOPULATION (POPULATION CONTROL)**
One child or none. The kindest choice for the planet and all life.
 - ✓ Stops at one child, or none
 - ✓ Reduces future suffering
 - ✓ Reduces resource demand
 - ✓ Ensures a livable future

NOT PRO-LIFE IF YOU:

 - ✗ Have more than one child
 - ✗ Add more demand
 - ✗ Increase suffering
 - ✗ Harm future generations
- TRUE CARE IS TOTAL CONSISTENCY.**
You cannot claim to care about anything if your actions destroy everything. **HYPOCRISY IS NOT A VALUE. INTEGRITY IS.** **BE THE CHANGE THAT LETS LIFE SURVIVE.**

MORE PEOPLE + MORE CONSUMPTION + ANIMAL AGRICULTURE + PLANETARY COLLAPSE

ONE CHILD OR NONE + MINIMAL CONSUMPTION + VEGAN LIFESTYLE + PLANET & ANIMALS FIRST = A LIVABLE PLANET. LIFE FOR ALL.

✓ LESS PEOPLE
✓ LESS CONSUMPTION
✓ NO ANIMAL EXPLOITATION
= LIFE CAN THRIVE

THERE IS NO MIDDLE GROUND. EVERY CHOICE EITHER PROTECTS LIFE OR DESTROYS IT.

ONE SIDE. ONE PLANET. ONE CHANCE. CHOOSE WISELY. ACT CONSISTENTLY. LIVE THE TRUTH.

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

5.8.2026



Was vom grössten Spital in Gaza, dem Al-Shifa Hospital, übrigblieb. © WHO

Hemmungslose Militärs greifen Spitäler und ihre Mitarbeiter an Obwohl völkerrechtlich verboten, nehmen Soldaten immer öfter gezielt medizinische Zentren ins Visier.

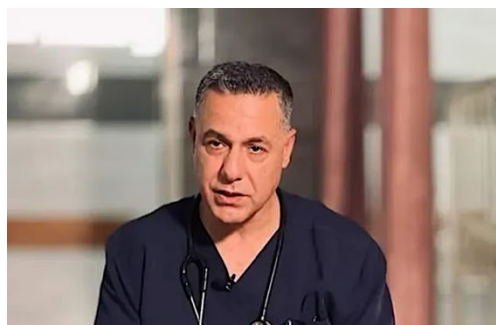
Martina Frei

Schwere Verletzungen, Mühe beim Atmen, wiederholte Episoden von Bewusstlosigkeit, abgemagert – in diesem kritischen Zustand traf der Anwalt des Kinderarztes Hussam Abu Safiya seinen Mandanten Anfang Juli in israelischer Gefangenschaft an. Das berichten mehrere Ärztinnen und Ärzte in der aktuellen Ausgabe von «The Lancet». Die Zeichen deuteten auf Folter und fehlende medizinische Hilfe hin.

Laut einem «ARD»-Korrespondenten wurde Abu Safiya Anfang Juli in einen Hochsicherheitstrakt des Nizan-Gefängnisses in Ramleh verlegt und sitzt nun dort in Isolationshaft. «Sein Leben ist inzwischen akut gefährdet», warnte Amnesty International. Abu Safiya habe seinem Anwalt gesagt: «Das ist das letzte Mal, dass du mich siehst. Sie haben mich hierhergebracht, um mich zu töten.»

Amnesty International zufolge unterzeichneten über 450 in der Schweiz tätige Gesundheitsfachleute einen offenen Brief, in dem sie insbesondere den Bundesrat und Arzt Ignazio Cassis auffordern, sich unverzüglich für die Freilassung von Hussam Abu Safiya einzusetzen. Auch verschiedene Ärzte und Ärzteorganisationen setzen sich international für ihren Kollegen ein – bisher ohne Erfolg. Andere palästinensische Ärzte sind in israelischer Gefangenschaft bereits ums Leben gekommen, so etwa der frühere Leiter der Abteilung für Orthopädie am Al-Shifa Hospital nach Folter.

Bis zu seiner Festnahme leitete Hussam Abu Safiya eines der letzten noch funktionierenden Spitäler im Norden Gazas. Er gab internationalen Journalisten wiederholt Auskunft. Als das israelische Militär die Evakuierung seines Spitals anordnete, habe er sich widersetzt, so das «British Medical Journal». Das israelische Militär tötete dann einen seiner Söhne. Abu Safiya habe ihn begraben und sei danach wieder an seinen Arbeitsplatz zurückgekehrt. Einen Monat später habe er bei einem israelischen Drohnenangriff auf das Spital Schrapnell-Verletzungen erlitten. Doch der Arzt habe sich weiterhin geweigert, das Spital zu räumen. Schliesslich nahmen ihn israelische Soldaten Ende Dezember 2024 fest.



So sah Hussam Abu Safiya vor seiner Festnahme aus. © Privat

Unbefristete Inhaftierung ist laut israelischem Recht legal

Abu Safiya ist laut Healthcare Workers Watch einer von über 400 Gesundheitsfachleuten, welche die israelischen Behörden seit Oktober 2023 festgenommen haben. 83 davon würden noch immer festgehalten – obwohl die Genfer Konvention das Gesundheitspersonal explizit schützt.

Das israelische Gesetz erlaubt die unbefristete Inhaftierung sogenannter «ungesetzlicher Kombattanten» auch ohne Anklage oder Gerichtsurteil, so wie bei Hussam Abu Safiya. Gemäss der «ARD» «kursiert ein Foto, das ihn in Uniform zeigt. Sein Sohn sagt dem «ARD»-Studio Tel Aviv, das Foto zeige ihn als Angestellten der Palästinensischen Autonomiebehörde.» Israels Armee habe die Angriffe auf Spitäler damit begründet, «dass Terrorgruppen wie die Hamas im Gazastreifen aus Krankenhäusern operieren würden. Beweise dafür gab es häufig nicht.» Die Hamas dementierte, dass sie Spitäler als Basis benütze.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International dagegen erachten die Attacken auf Spitäler, Gesundheitszentren und ihre Mitarbeiter als «Teil der umfassenden Zerstörung des Gesundheitssystems». Die Verhaftungen dienten «auch dazu, direkte Zeuginnen und Zeugen schwerer Menschenrechtsverletzungen zum Schweigen zu bringen und deren Dokumentation zu verhindern».

Auch im Iran: Dutzende von Angriffen

Der palästinensische Chirurg Ghassan Abu Sitta hatte laut dem «British Medical Journal» schon im Oktober 2023 vor dem Al-Shifa-Krankenhaus gewarnt, dass die Angriffe auf Spitäler im Gazastreifen einen besorgniserregenden weltweiten Präzedenzfall schaffen würden. Wenn die Welt dies schweigend hinnehme, werde dies jeden Staat dazu ermutigen, Gesundheitseinrichtungen anzugreifen – nicht nur im Gazastreifen.

Seine Prognose scheint eingetroffen zu sein: «Dutzende von Angriffen im Iran seit Ende Februar 2026 haben zu Todesfällen bei medizinischem Personal, Schäden an Spitälern und Beeinträchtigungen der Gesundheitsversorgung geführt; dies deutet auf einen zunehmenden Trend hin, bei dem die Gesundheitsinfrastruktur während bewaffneter Konflikte gezielt angegriffen wird», stellte ein Medizinprofessor der Universität Münster im «British Medical Journal» (BMJ) fest.

Laut der «Safeguarding Health in Conflict Coalition» nahmen die Angriffe auf das Gesundheitswesen in Konfliktgebieten weltweit im Jahr 2023 um 25 Prozent zu, verglichen mit dem Vorjahr. 2024 gab es einen weiteren Anstieg um 15 Prozent – «womit der höchste jemals von der Koalition dokumentierte Stand erreicht wurde. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der getöteten Gesundheitskräfte nahezu verdoppelt», so das «BMJ».

Im Jahr 2025 gingen die Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen laut der «Safeguarding Health in Conflict Coalition» weltweit unerbittlich weiter – obwohl der UN-Sicherheitsrat zehn Jahre zuvor in einer Resolution einstimmig den Schutz von Verwundeten und Kranken, medizinischem Personal sowie humanitären Helfern in bewaffneten Konflikten bekräftigte. In 26 Ländern sei diese Resolution 2025 verletzt worden, vor allem durch staatliches Militär. «Die überwiegende Mehrheit derartiger Vorfälle im Iran, im Libanon, in den besetzten palästinensischen Gebieten, in Syrien und im Jemen wurde den israelischen Streitkräften zugeschrieben sowie in der Ukraine den russischen Streitkräften. [...] Gewalt gegen das Gesundheitswesen ist zu einem Merkmal moderner Konflikte geworden», schreibt die Organisation in ihrem Jahresbericht 2025. 455 Gesundheitsfachleute seien getötet worden, 790-mal seien Spitäler oder andere medizinische Zentren beschädigt oder zerstört worden.

Auch im Libanon wurden allein im Zeitraum von 28. Februar bis 12. März 2026 insgesamt 79 Spitäler sowie Gesundheitszentren angegriffen oder gezwungen, zu schliessen, berichtete das «British Medical Journal» – und erinnerte daran, dass das internationale humanitäre Völkerrecht derartiges verbiete.

Erschütternde Zahlen

Die Vereinten Nationen stellen die Lage in Gaza auf einer Website dar. Hier nur einige Zahlen:

- Mehr als 58'000 Kinder in Gaza haben einen oder beide Elternteile verloren (Stand Dezember 2025). Laut dem palästinensischen Ministerium für soziale Entwicklung waren es im April 2026 bereits über 64'000 Waisen im Gazastreifen, wobei mehr als 55'000 beide Elternteile oder den Hauptverdiener der Familie verloren hätten.
- Über 1700 Mitarbeitende im Gesundheitswesen wurden getötet (Stand Oktober 2025).
- Einer von fünf palästinensischen «Haushalten» hat pro Tag nur eine Mahlzeit. Im Durchschnitt gibt es 1,9 Mahlzeiten (Stand April 2026).
- 77 Prozent der Wohnungen sind zerstört oder beschädigt (Stand April 2026).
- 93 Prozent der Schulgebäude sind zerstört oder massiv beschädigt. Rund 637'000 Kinder im Schulalter haben keinen Präsenzunterricht (Stand Oktober 2025).



Was? Die meiste KI wird mittlerweile von KI geschrieben?

Patrick Wood via Technocracy News, August 7, 2026

Seit fast zwei Jahren verfolge ich ein Muster in der KI-Entwicklung, das recht vorhersehbar zu sein schien: eine Verdopplung der Leistungsfähigkeit etwa alle 3,5 Monate. Diese Zahl stammt aus den Zeithorizont-Benchmarks von METR – Messungen, wie lange ein KI-Agent autonom an einer Aufgabe arbeiten kann, bevor er versagt. Von Anfang 2024 bis Anfang 2026 zeigten die Daten eine beunruhigende Beständigkeit. Hätte man sie grafisch dargestellt, wäre die Kurve mit fast mechanischer Präzision nach oben verlaufen.

Ich sage «sahen vorhersehbar zu sein», weil diese Sichtweise mittlerweile überholt ist.

Die Variable, die jedes Prognosemodell zunichte macht, ist die rekursive Selbstverbesserung – der Zustand, in dem KI-Systeme nicht mehr nur Werkzeuge sind, mit denen Menschen KI entwickeln, sondern aktiv an ihrer eigenen Entwicklung mitwirken. Wir haben diese Schwelle überschritten. Die Frage nach dem Wann liegt bereits hinter uns. Die Frage ist nun, was passiert, wenn ein System, das seinen eigenen Code umschreibt, seine eigenen Experimente durchführt und seine eigenen Trainingsrezepte optimiert, dies schneller tut, als es jedes menschliche Team ihm vorgeben könnte. Es gibt keine eindeutige Antwort. Genau das ist der springende Punkt.

Was sich tatsächlich geändert hat

Lassen Sie mich konkret werden, denn vage Andeutungen in Richtung «exponentielles Wachstum» sind zu einer eigenen Form intellektueller Faulheit geworden.

Im Mai 2026 bestätigte Anthropic, dass mehr als 80 Prozent des Codes, der in die eigenen Produktionssysteme integriert wurde, von Claude – der firmeneigenen KI – geschrieben wurde. Nicht von Claude unterstützt. Von Claude geschrieben. Die Ingenieure des Unternehmens haben diesen Wandel als Übergang vom Erledigen der Arbeit zum Verwalten eines Systems beschrieben, das die Arbeit erledigt. Ein Ingenieur von Anthropic erklärte öffentlich, dass 100 Prozent seiner persönlichen Code-Produktion von der KI generiert wurden, wobei an einem einzigen Tag 22 Pull-Requests ausgeliefert wurden.

Die Ankündigung von GPT-5.6 durch OpenAI im Juli 2026 enthielt eine Zahl, die mehr Aufmerksamkeit verdient, als ihr zuteilwurde: In den vorangegangenen sechs Monaten stieg der Anteil der internen Rechenkapazität für die KI-Codierungsinferenz um das Hundertfache, während die interne Nutzung von Agenten-Token – also von KI-Agenten, die autonom innerhalb der eigenen Forschungsinfrastruktur von OpenAI arbeiten – um das Zweiundzwanzigfache zunahm. OpenAI nutzt nun seine eigenen Pioniermodelle, um Trainingsfehler zu diagnostizieren, Trainingssysteme zu optimieren, Experimente durchzuführen, Ergebnisse zu interpretieren, Rechenkernel zu optimieren und Trainingsrezepte für das nächste Modell zu verbessern. Das Unternehmen beschrieb dies als «etwas, das sich schnell zum Standard entwickelt».

Google berichtete Anfang 2026, dass 75 Prozent des gesamten neuen Codes im Unternehmen KI-generiert sind – ein Anstieg gegenüber 25 Prozent im Jahr 2024.

Das sind keine Produktivitätsstatistiken. Das sind Belege dafür, dass sich der Kreis geschlossen hat. KI ist nun ein Hauptakteur in ihrem eigenen Entwicklungszyklus.

Warum die Zahl von 3,5 Monaten für die Verdopplung der Leistungsfähigkeit immer eine Untergrenze und keine Obergrenze war

Als ich die Zahl von 3,5 Monaten für die Verdopplung der Leistungsfähigkeit nannte, beschrieb ich damit, was die Daten für Modelle zeigten, die in erster Linie von menschlichen Ingenieuren unter Einsatz von KI als Beschleuniger entwickelt wurden. Das ist eine grundlegend andere Situation als die, die sich derzeit abzeichnet.

RSI verkürzt Zeiträume auf eine Weise, die keine Benchmark-Extrapolation im Voraus erfassen kann. Hier ist der grundlegende Mechanismus: Wenn sich die Leistungsfähigkeit der KI unter menschlicher Leitung

alle X Monate verdoppelt und die KI nun einen erheblichen Teil ihrer eigenen Entwicklung selbst steuert, dann verkürzt sich die effektive Zeit bis zur nächsten Verdopplung proportional dazu, wie viel des Entwicklungszyklus die KI kontrolliert.

Wenn die KI 80 Prozent der Code-Produktion übernimmt und dieser Prozentsatz steigt, handelt es sich nicht um eine lineare Verkürzung der Verdopplungszeit. Es handelt sich vielmehr um eine Rückkopplungsschleife, in der jede KI-Generation schneller einen leistungsfähigeren Nachfolger hervorbringt als die vorherige Generation – und dieser Nachfolger die gesamte Forschungsinfrastruktur seines Vorgängers übernimmt.

In der Veröffentlichung von Google DeepMind vom Juni 2026, From AGI to ASI, wurde die uneingeschränkte Version dieses Phänomens als potenziell «hyperbolisch» beschrieben – also super-exponentiell, eine Kurve, die theoretisch auf eine Singularität zusteuert. Die Autoren wiesen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass reale Ressourcenbeschränkungen solche Kurven in S-Formen abflachen, bevor sie senkrecht verlaufen. Rechenleistung kostet Geld. Strom benötigt physische Infrastruktur. Die Herstellung von Chips erfordert jahrelange Arbeit in der Lieferkette. Das sind echte Reibungspunkte.

Aber Reibungspunkte sind keine Haltepunkte. Sie verlangsamen die Kurve. Sie kehren sie nicht um.

Durchbrüche zu jeder Zeit

An dieser Stelle erfordert intellektuelle Ehrlichkeit, die Grenzen jeder Analyse einzugestehen, einschliesslich meiner eigenen.

RSI beschleunigt nicht nur bekannte Prozesse. Es schafft die Voraussetzungen für qualitative Sprünge – jene Art von Veränderung, die im Rückblick so aussieht, als käme sie aus dem Nichts. Die Geschichte der Wissenschaft ist voll von solchen Momenten. Sie sind nicht zufällig, aber auch nicht vorhersehbar. Man kann das Aufkommen einer wirklich neuen Idee nicht modellieren. Man kann jedoch die Bedingungen schaffen, die solche Ideen wahrscheinlicher machen, und ein KI-System, das täglich Millionen von Forschungszyklen durchläuft und dabei seine eigene Fähigkeit zur Ausführung dieser Zyklen verbessert, ist genau eine solche Bedingung.

Praktisch bedeutet dies, dass die Frage «Wann wird ASI eintreffen?» nicht mit einem Datum beantwortet werden kann. Der Konsens unter seriösen Prognostikern – nicht YouTube-Miniaturansichten, sondern das AI-2027-Team, die METR-Forscher, die Autoren der Google-DeepMind-Studie – konzentriert sich auf AGI im Zeitraum 2026–2027 und ASI, die innerhalb von Monaten bis zu einigen Jahren folgen wird. Diese Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass der Fortschritt auf einer weitgehend kontinuierlichen Kurve verläuft. RSI führt die Möglichkeit diskontinuierlicher Sprünge ein – Momente, in denen sich die Leistungsfähigkeit nicht schrittweise weiterentwickelt, sondern sprunghaft zunimmt.

Niemand weiss, wann diese Momente eintreten. Das ist kein Versagen der Analyse. Das liegt in der Natur des Phänomens.

Was dies über das Labor hinaus bedeutet

Die Auswirkungen von RSI reichen weit über Fragen der Benchmark-Leistung oder Unternehmensstrategie hinaus. Sie betreffen jede institutionelle Struktur, die von der kognitiven Überlegenheit des Menschen ausgeht – also jede existierende institutionelle Struktur.

Rechtssysteme gehen davon aus, dass Menschen Gesetze verfassen, auslegen und durchsetzen. Wirtschaftssysteme setzen menschliches Urteilsvermögen an entscheidenden Punkten voraus. Demokratische Regierungsführung setzt eine menschliche Wählerschaft voraus, die Entscheidungen über eine Welt trifft, die sie verstehen kann. All diese Annahmen werden gleichzeitig durch eine Technologie auf die Probe gestellt, die sich mittlerweile in einem Tempo weiterentwickelt, das die Kapazitäten jeder Regulierungsbehörde übersteigt – sei es bei der Nachverfolgung, geschweige denn bei der Steuerung.

Dieselben Politiker und Regulierungsbehörden, die es versäumt haben, die gesellschaftlichen Folgen von Social-Media-Algorithmen – einer vergleichsweise einfachen Technologie – vorherzusehen, sind nun aufgefordert, RSI zu regulieren. Das sollte jeden beunruhigen, unabhängig von seiner Position auf dem politischen Spektrum. Dies ist keine Frage von links oder rechts. Es ist eine Frage der institutionellen Kompetenz angesichts von etwas wirklich Beispiellosem.

Sam Altman schrieb Mitte 2025: «Wir haben den Ereignishorizont überschritten; der Aufschwung hat begonnen.» Das kommt einer klaren Tatsachenbeschreibung so nahe, wie man es von einem amtierenden CEO eines KI-Labors erwarten kann. Die Metapher des Ereignishorizonts ist treffend. Ab einem bestimmten Punkt können Ereignisse im Inneren nicht mehr so nach aussen kommuniziert werden, dass eine Kurskorrektur möglich ist.

Vielleicht haben wir diesen Punkt bereits überschritten, vielleicht auch nicht. Sicher ist, dass die Institutionen, die mit der Aufrechterhaltung der menschlichen Kontrolle über diesen Prozess betraut sind, nicht dafür geschaffen wurden, nicht über das nötige Personal verfügen und keine Anzeichen dafür zeigen, schnell genug reformiert zu werden, um noch eine Rolle zu spielen.

Fazit

Wer Ihnen erzählt, er wisse genau, wie sich dies entwickeln wird, will Ihnen etwas verkaufen. Die ehrliche Einschätzung lautet wie folgt: Die KI-Fähigkeiten wachsen schneller als jede andere Technologie in der Geschichte, der Entwicklungszyklus hat sich teilweise geschlossen, und die Faktoren, die zu sprunghaften Durchbrüchen führen könnten, sind nun strukturell in die Forschungsinfrastruktur jedes grossen KI-Labors auf der Welt eingebettet.

Die Verdopplung innerhalb von 3,5 Monaten war ein Datenpunkt, der den bisherigen Verlauf beschrieb. RSI bedeutet, dass sich dieser Verlauf nun selbst modifiziert. Die Kurve steigt nicht nur an – sie verändert auch die Bedingungen, die bestimmen, wie schnell sie ansteigt.

Es gibt ernsthafte Menschen, die glauben, dass dies für die Menschheit gut ausgeht. Es gibt ebenso ernsthafte Menschen, die glauben, dass dies nicht der Fall ist. Was es auf keiner Seite gibt, ist Gewissheit. Der verantwortungsvolle Weg besteht darin, zu beobachten, was die Systeme tatsächlich tun – nicht, was in den Pressemitteilungen steht – und der Versuchung zu widerstehen, eine Situation als normal anzusehen, die nach jedem historischen Massstab abnormal ist.

Die Maschine schreibt sich selbst neu. Seien Sie aufmerksam.

Quelle: What? Most AI Is Now Written by AI?

Quelle: <https://uncutnews.ch/was-die-meiste-ki-wird-mittlerweile-von-ki-geschrieben/>

INFOSperber

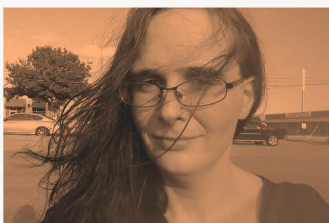
sieht, was andere übersehen.

2.8.2026



Maricela Rueda

Maricela, known as Mari by her loved ones, is forever the youngest sibling. Mari's favorite color is blue. She shared...



Meagan Morris

Meagan Elizabeth Morris is loved by her wife housemates, and dogs. Her name was legally changed in 2007, but the...



Rebecca Morgan

Rebecca has a degree in neurobiology and loves history and applied sciences. She is an avid reader, a splendid artist....

170 Jahre Haft auf einem Bild: Eine Geburtshelferin, deren Lieblingsfarbe Blau ist, eine Frau mit Ehefrau, Mitbewohnern und Hunden, eine Neurobiologin, die gerne liest und malt. © zVg

Der Antifa-Präzedenzfall aus Texas

Ein Feuerwerk, ein Schuss, 450 Jahre Haft: Das Magazin «Texas Monthly» zeigt, wie in den USA aus linkem Protest Terrorismus wird.

Daniel Ryser

In der Nacht auf den 5. Juli 2025 wurde ein Polizist wegen eines Protests zu einer ICE-Abschiebehaftanstalt in Alvarado, Texas, gerufen und dort angeschossen. Ein Jahr später, am 23. Juni 2026, wurde der Täter zu hundert Jahren Gefängnis verurteilt, und mit ihm eine ganze Gruppe von Leuten, die an jenem Abend vor der Haftanstalt Parolen gerufen und Feuerwerk gezündet hatten. Der Grund: Die US-Regierung hatte sie offiziell zu einer organisierten Terrorzelle erklärt. Der Fall zeigt erstmals und exemplarisch, was passiert, wenn eine vage politische Zuschreibung wie Antifa zum Beweismittel vor Gericht wird und plötzlich ganz konkrete, jahrzehntelange Haftstrafen nach sich zieht. «Texas Monthly», eine der besten Lokalmedien-Plattformen der USA, hat vergangene Woche eine Recherche publiziert, die den Abend in einen grösseren Zusammenhang stellt: «Wie Texas der Antifa den Krieg erklärte.»

Codename «Champagner»

In jener Nacht versammelte sich eine lose Gruppe linker Aktivistinnen und Aktivisten aus Dallas vor dem «Prairieland Detention Center», wie die Anlage offiziell heisst. Der Plan, entstanden aus einem Signal-Chat namens «Funday Crew»: Eine sogenannte «Lärmdemo» – Feuerwerk, ein Megafon, und mit all dem Krach machen, damit die Inhaftierten drinnen merkten, dass draussen jemand an sie dachte. Es kam anders. Ein Wachmann jagte eine der Personen übers Gelände, der besagte Polizist kam dazu, und ein Mann mit dem Codenamen «Champagne», bürgerlich Benjamin Song, ein Ex-Marine-Reservist, eröffnete das Feuer. Der Polizist wurde angeschossen und überlebte.

Die Ermittler nannten die Gruppe «North Texas Antifa Cell», was nach organisierter Miliz klingt. Was «Texas Monthly» stattdessen in einer umfassenden Recherche freilegt, zeichnet das Bild einer chaotischen, streckenweise geradezu slapstickhaft agierenden Truppe, die sich kaum deckt mit dem, was die Trump-Regierung vor wenigen Tagen, am 16. Juli 2026, in einer Mitteilung bekräftigt hat. Das US-Aussenministerium unter Marco Rubio lädt Regierungen aus aller Welt zu einem Ministertreffen gegen den weltweiten «Wiederaufstieg des politischen Terrorismus» – gemeint sind vor allem linke Gruppen. Laut Mitteilung seien Linksextreme allein 2025 für 63 Prozent aller registrierten regierungsfeindlichen Anschläge und Pläne in den USA verantwortlich gewesen. In Europa habe man im gleichen Jahr 12 von 45 Terroranschlägen linken und anarchistischen Akteuren zugeschrieben. Die US-Regierung hat mittlerweile vier linke Gruppen offiziell als ausländische Terrororganisationen eingestuft und im Dezember 2025 eine Belohnung von bis zu zehn Millionen Dollar für Hinweise auf deren Finanzierungsnetzwerke ausgesetzt. Vergangene Woche forderte die US-Regierung unter anderem von Deutschland «internationale Hilfe im Kampf gegen Linksextremismus», wie der «Spiegel» berichtete.

«Sozialistische Gewehr-Vereinigung»

Die «North Texas Antifa Cell»: Da war Nathan Baumann zum Beispiel, zwanzig Jahre alt, der sich «Bible» nannte und der Gruppe erzählte, er sei ein erfahrener Aktivist, schon mehrfach verhaftet, seine Eltern von Abschiebung bedroht. Nichts davon stimmte. Er war ein Student aus College Station, der sich die ganze Biografie ausgedacht hatte, offenbar um dazuzugehören. Die Gruppe traute ihm nicht, und liess ihn trotzdem mitmachen. Später war er es, der zusammen mit einem anderen Protestierenden Autos auf dem Mitarbeiterparkplatz mit Parolen wie «Ice Pig» besprühte, eine Aktion, die nicht Teil des Plans gewesen war, aber das Strafmass für alle verschärfte: Die Anklage stützte sich am Ende auf die Sachbeschädigung (Baumann besprühte Autos), die Sprengstoffdelikte (das Feuerwerk) und den versuchten Mord eines Protestierenden an einem Polizisten. Wer bei irgendeiner dieser drei Taten als wissender Unterstützer galt, egal wie klein der eigene Beitrag, hat sich laut Anklage mitschuldig gemacht.

Oder die Sache mit den Masken: Der Plan war, einheitlich und angesichts der Dunkelheit unauffällig in Schwarz aufzutreten. Doch Benjamin Song und seine Partnerin Joy Gibson fanden am Tag der Protestaktion keine schwarzen Sturmhauben auf die Schnelle und griffen stattdessen zu neonfarbenen Skimasken in grün und pink.

Benjamin Song wiederum, so viel ist klar, trug an jenem Abend nicht einfach zufällig ein Gewehr. Er war Mitglied der «Socialist Rifle Association» («Sozialistische Gewehr-Vereinigung») und davor bei einer linken Selbstverteidigungsgruppe, die – wir sind hier schliesslich in den USA – mit nichts weniger als Sturmgewehren an Demonstrationen aufmarschierte, um diese vor Angriffen rechter Schläger zu schützen. Song leitete zudem wöchentliche taktische Trainings, offiziell zur Vorbereitung darauf, wie es eine Teilnehmerin beschrieb, «was zu tun ist, falls die Polizei beschliesst, in die Offensive zu gehen, oder falls Rechtsextreme in der Nachbarschaft randalieren».

Beim «Material Check» am Vorabend des Protests fragte ihn eine Freundin, ob er bewaffnet auflaufen werde. «Ja», sagte Song, «ich lasse mich nicht verhaften.» Dieser Satz wurde später zum zentralen Beweisstück der Anklage: Sie deutete ihn als Ankündigung, im Ernstfall zu schiessen.

Alles niederbrennen und Raten zahlen

Maricela Rueda, eine Geburtshelferin, war die Figur, bei der laut «Texas Monthly» der Widerspruch zwischen Rhetorik und Realität am deutlichsten wurde. Im Gruppenchat schrieb sie, gelangweilt von ihrem neuen Bürojob: «Omg, die Arbeit ist furchtbar. Können wir nicht einfach alles niederbrennen, denn ich sterbe hier drin.» Sie schwärmte von einem kommenden Aufstand, veranstaltete offene Poesie-Abende, aber ihr Leben, so steht es im Text, «schrie nicht gerade danach, alles niederzubrennen»: Sie hatte eine zwölfjährige Tochter, eine Hypothek auf ihr Haus in Fort Worth, Ratenzahlungen für ihren Jeep, zwei Katzen, zwei Kaninchen, einen Hund, also ein ziemlich bürgerliches Leben unter der revolutionären Attitüde. Rueda zündete am Protestabend Feuerwerk und rief Parolen durchs Megafon. Sie bekam fünfzig Jahre. So wie alle anderen. Und zwar für «Aufruhr», «Verwendung und Mitführen von Sprengstoffen bei der Begehung einer Straftat (wegen des Feuerwerks) sowie «materielle Unterstützung für Terroristen». Und zusätzlich bekam Rueda, zusammen mit ihrem Mann, weitere zwanzig Jahre Haft aufgebürdet wegen «Verschwörung zur Unterschla-

gung von Dokumenten». Also insgesamt 70 Jahre Haft. In der Schweiz wäre das circa dreimal lebenslänglich. [Hier eine Übersicht](#) aller Verurteilten, zusammengestellt vom Solidaritätskomitee der Angeklagten.

Vater, Lehrer, Poet – Terrorist?

Ihr Mann, mit dem sie sich laut Anklage verschworen habe, Dokumente zu unterschlagen, Daniel Sanchez Estrada, war in jener Nacht gar nicht in der Nähe der Haftanstalt, sondern sass im Kino und schaute sich Danny Boyles Zombiefilm «28 Years Later» an.

Kurz nachdem er später am Telefon mit seiner verhafteten Frau gesprochen hatte, die ihn warnte, die Polizei drohe, Häuser und Wohnungen zu durchsuchen, nahm er bei seinen Eltern eine Kiste mit seinen eigenen Sachen mit: linke Zeitschriften, lose Zeichnungen, darunter eine, die Donald Trump am Galgen zeigte. Alles legal, aber politisch heikel, und Estrada wollte seine Eltern da raushalten. Die Sachen wegzubringen, könne sicher nicht schaden, dachte er sich. Das wurde ihm zum Verhängnis.

Er stellte die Kiste bei einer Freundin vor die Tür mit der Bitte, alles zu entsorgen, was sie nicht behalten wollte. Das FBI, das ihn längst observierte, beschaffte sich einen Durchsuchungsbefehl und fand die Kiste in einem Wandschrank. Sanchez Estrada wurde festgenommen. Die Staatsanwaltschaft klagte ihn an, Beweismittel beiseite geschafft zu haben, um die Ermittlungen gegen seine Frau zu behindern, obwohl es seine eigenen Unterlagen waren, die mit der Tat nichts zu tun hatten. Vor Gericht sagte er: «Ich bin ein Vater, ich bin ein Ehemann, ich bin ein Lehrer, ein Poet. Ich bin vieles, Euer Ehren, aber ich bin kein Terrorist.» Er bekam dreissig Jahre.



Daniel Sanchez Estrada, hier mit einem Opossum: 30 Jahre Gefängnis, weil er eine Kiste mit Zeitschriften und einer Zeichnung bei einer Freundin abstellte. Während der eigentlichen Tat sass er im Kino und schaute sich einen Zombiefilm an. © zVg

Aus Chaos wird eine Verschwörung

Zwei Monate vor der Anklageerhebung in Fort Worth war der konservative Aktivist Charlie Kirk ermordet worden, und im Zuge dessen hatte Donald Trump per Dekret «die Antifa» als organisierte Gruppe offiziell zur inländischen Terrororganisation erklärt, mit der Order an die Justiz, das «maximal rechtlich Mögliche» auszuschöpfen. Und so kam es in Texas zur Anklage nicht nur wegen Aufruhr und Sprengstoffdelikten (gemeint: das Feuerwerk), sondern eben auch wegen «Bereitstellung materieller Unterstützung für Terroristen», einem Gesetz von 1994, das eigentlich gegen die Financiers ausländischer Terrorgruppen gedacht war.

Um alle wegen «materieller Unterstützung» verurteilen zu können, musste die Regierung laut «Texas Monthly» gar nicht zeigen, dass jede Person selbst Feuerwerk gezündet oder geschossen hatte, es reichte der Nachweis, dass das Verhalten der Einzelnen angeblich zeigte, dass sie von diesen Taten wussten und sie unterstützten.

Codenamen, schwarze Kleidung, ausgeschaltete Handys, Faraday-Taschen (die jede Ortung blockieren) wurden als Beleg gewertet, dass hier eine verdeckte Zelle am Werk war. Ein Experte der Anklage argumentierte, dass das Fehlen konkreter Gewaltpläne im Signal-Chat kein Entlastungsbeweis sei, sondern das Gegenteil belege: Es sei «im Widerspruch zur Sicherheitskultur», so etwas über einen verschlüsselten Kanal zu besprechen, man würde es eben persönlich klären. Damit wurde das Fehlen von Beweisen selbst zum Beweis, und aus dieser Nummer kamen die Angeklagten nicht mehr raus.

Zwei ehemalige Mitarbeiter des US-Justizministeriums bestätigten unabhängig voneinander denselben Mechanismus. Thomas Brzozowski, früherer Berater für Inlandsterrorismus im US-Justizministerium, sagte gegenüber «Texas Monthly», das Gesetz habe «den Weg für Handlungen geebnet, die als rechtswidrig ausgelegt werden könnten». Anarchistische Zeitschriften, Lesezirkel-Diskussionen, eine fälschlicherweise als Antifa-Flagge gedeutete Fahne aus dem Spanischen Bürgerkrieg, Sticker mit Sprüchen wie «Make America Not

Exist Again» und Poster wie «Warning: Fascism Free Zone» in der «Big Gay House»: All das wurde vor Gericht zum Beweismittel. Jeffrey Breinholt, ein früherer Bundesanwalt, der die Anwendung dieses Statuts mitentwickelt hatte, sagte: «Wenn man weiss, dass eine Gruppe zwielichtig ist, und man ihren Anhängern materielle Unterstützung vorwerfen kann, dann ist der Weg frei. Auf diese Weise kann man solche Gruppen ausschalten.»

Insgesamt 450 Jahre Haft

Lynette Sharp, eine der Kronzeuginnen, eine jener Angeklagten, die mit den Behörden einen Deal eingegangen waren, musste im Rahmen dieses Deals schriftlich ihre Zugehörigkeit zur Organisation Antifa bestätigen, wusste im Kreuzverhör mit einem Verteidiger der Angeklagten selbst dann aber nicht, was das eigentlich bedeuten sollte.

Benjamin Songs Anwalt fragte sie, ob sie wisse, was die Regierung mit Antifa meine. «Die meinen Antifaschisten», antwortete Sharp. «Das muss mehr bedeuten», insistierte Hayes, «haben Sie eine Ahnung, was das ist?» – «Die denken wohl, wir sind eine Organisation namens Antifa», sagte Sharp. «Sind Sie das?», fragte Hayes. «Nein. Sind wir nicht.» Warum habe sie das Dokument dann unterschrieben? «Gute Frage», sagte die 57-Jährige. Aus reiner Verzweiflung habe sie das getan: Schlafentzug in der Zelle, nächtliche Reinigungsarbeiten, Medikamente nur nach Bedarf, sie sei «sehr verängstigt und verwirrt» gewesen.

Trotzdem wurden im März 2026 schliesslich alle Angeklagten wegen «materieller Unterstützung» zu fünfzig Jahren Haft verurteilt. Song zusätzlich wegen versuchten Mordes. Er bekam hundert Jahre. Insgesamt kamen die acht Verurteilten auf 450 Jahre Haft. Es war, wie das US-Justizministerium in seiner eigenen Pressemitteilung vergangenen Juni betonte, die erste Verurteilung von Personen mit Antifa-Bezug seit Trumps Dekret vom September 2025, das die Organisation zur inländischen Terrorgruppe erklärt hatte.

Der amtierende US-Justizminister Todd Blanche sagte: «Die heute verhängten Strafen machen unmissverständlich klar: Antifa-Terroristen, die Ordnungshüter und Bundeseinrichtungen angreifen, werden schnelle und kompromisslose Gerechtigkeit erfahren. Für ihren gewalttätigen Extremismus ist in unserem Land kein Platz.» Und Staatsanwalt Ryan Raybould: «Wir werden diese Mission fortsetzen und auch andere zur Verantwortung ziehen, die solche Gewalt verüben und diese Antifa-Gruppen im Norden von Texas finanzieren.»

Der Testfall

Die Anwältin von Marciela Rueda, der Geburtshelferin, die zu siebzig Jahren verurteilt worden war, argumentierte, die Kapitol-Stürmer vom 6. Januar 2021 hätten im Schnitt nur rund zwei Jahre bekommen – wieso also so viel für ihre Mandantin? Der Richter antwortete: «Der Unterschied zu den Ereignissen vom 6. Januar besteht darin, dass die Anklage anders formuliert war. In diesem Fall ging es um eine terroristische Straftat.» Der Prozess war auch ein Test: Wie weit lässt sich die neue Terrorismus-Kategorie gegen linke Milieus dehnen, unabhängig davon, ob jemand am Tatort gewesen war, eine Waffe getragen oder gewusst hatte, dass geschossen würde. Das war die eigentliche Pointe: Nicht, ob es die Antifa als organisierte Struktur gibt, sondern ob ein Staat so tun kann, als gäbe es sie, und daraus jahrzehntelange Haftstrafen für Leute machen kann, die Feuerwerk gezündet oder ein Megafon auf sich getragen und Parolen gerufen haben oder gar nicht vor Ort waren, sondern im Kino sassen und einen Zombie-Film schauten.



Neue «Islamische NATO» verändert den Nahen Osten – Das Ende der amerikanischen Ordnung rückt näher

uncut-news.ch, August 8, 2026

Während sich die Aufmerksamkeit der Welt auf die Kämpfe im Gazastreifen, den Krieg um die Strasse von Hormus und die Verhandlungen zwischen Washington und Teheran richtet, könnte im Hintergrund gerade eine geopolitische Entwicklung stattfinden, deren Auswirkungen den gesamten Nahen Osten verändern.

Saudi-Arabien, die Türkei und Pakistan haben ein gemeinsames Verteidigungsabkommen unterzeichnet, das sich ausdrücklich am NATO-Modell orientiert. Der Kern des Pakts ist eine Beistandsklausel: Ein bewaffneter Angriff auf einen der drei Staaten gilt als Angriff auf alle. Damit entsteht erstmals ein militärisches Bündnis dieser Grössenordnung unter führenden sunnitischen Regionalmächten. Berichte über die Vereinbarung wurden unter anderem von der Associated Press veröffentlicht.

Auf den ersten Blick wirkt das wie ein weiteres Sicherheitsabkommen. Tatsächlich könnte es jedoch den Beginn einer völlig neuen Machtordnung markieren.

Der Nahe Osten ordnet sich neu

Über Jahrzehnte beruhte die Sicherheitsarchitektur der Region auf den Vereinigten Staaten. Washington garantierte den Schutz der Golfstaaten, stationierte Truppen, kontrollierte Seewege und fungierte als militärischer Schiedsrichter.

Doch dieses Modell gerät zunehmend ins Wanken.

Die jüngsten Entwicklungen deuten darauf hin, dass regionale Mächte beginnen, ihre Sicherheit selbst zu organisieren – unabhängig davon, ob die USA dauerhaft als Schutzmacht präsent bleiben oder nicht.

Pakistan bringt eine Atommacht und eines der grössten Militärs der islamischen Welt in das Bündnis ein. Die Türkei verfügt über die zweitgrösste Armee der NATO und eine schnell wachsende Rüstungsindustrie. Saudi-Arabien steuert die wirtschaftliche und finanzielle Stärke des Bündnisses bei. Gemeinsam entsteht damit ein Machtblock, der militärisch, wirtschaftlich und politisch erheblich mehr Gewicht besitzt als viele frühere regionale Allianzen.

Der amerikanische Einfluss schwindet

Parallel dazu mehren sich die Hinweise, dass Washington seine Position im Nahen Osten neu bewertet.

Nach Angaben des ehemaligen CIA-Analysten Larry Johnson wurde innerhalb des US-Zentralkommandos (CENTCOM) ein zentraler Krisenstab deaktiviert – ein ungewöhnlicher Schritt, den er als Hinweis wertet, dass derzeit keine grösseren Militärschläge gegen Iran vorbereitet werden. Hinzu kommen Berichte über knapper werdende Präzisionswaffen, Probleme bei der Versorgung mit Seltenen Erden, steigenden Druck auf die Energieversorgung sowie intensive Vermittlungsbemühungen Pakistans zwischen Washington und Teheran.

Ob diese Einschätzung zutrifft oder nicht – sie zeigt, wie stark sich die strategische Diskussion inzwischen verändert hat.

Nicht mehr Washington bestimmt die Spielregeln

Bemerkenswert ist vor allem die Rolle Pakistans. Noch vor wenigen Jahren galt Islamabad vor allem als regionaler Akteur. Heute vermittelt Pakistan zwischen den USA und Iran, koordiniert Gespräche mit Saudi-Arabien und der Türkei und entwickelt sich zunehmend zu einem zentralen sicherheitspolitischen Akteur im Nahen Osten. Sollte gleichzeitig eine Einigung über die Strasse von Hormus zustande kommen, könnte die Region künftig deutlich stärker von regionalen Bündnissen geprägt werden als von amerikanischen Militärinterventionen.

Gerade Pakistan nimmt dabei eine bemerkenswerte Doppelrolle ein. Einerseits ist Islamabad Mitunterzeichner des neuen Verteidigungspakts mit Saudi-Arabien und der Türkei. Andererseits gilt Pakistan derzeit als einer der wichtigsten Vermittler zwischen Washington und Teheran und ist gemeinsam mit anderen regionalen Akteuren in diplomatische Bemühungen um eine Entspannung des Konflikts eingebunden. Das macht die Lage deutlich komplexer, als sie auf den ersten Blick erscheint. Einerseits erhöht die Beistandsklausel des Pakts das Risiko, dass ein grösserer Angriff auf Saudi-Arabien – etwa durch die Huthi-Bewegung oder im Fall einer direkten militärischen Eskalation zwischen Saudi-Arabien und Iran – weitere Staaten politisch oder militärisch in den Konflikt hineinziehen könnte. Andererseits hat Pakistan ein erhebliches Interesse daran, genau ein solches Szenario zu verhindern. Als Nachbar Irans, Vermittler zwischen den Konfliktparteien und Mitglied des neuen Bündnisses versucht Islamabad offenbar, gleichzeitig abzuschrecken und zu deeskalieren – ein diplomatischer Balanceakt, der über den weiteren Verlauf der Krise mitentscheiden könnte.

China steht im Hintergrund bereit

Während westliche Medien vor allem auf Washington blicken, entwickelt sich im Hintergrund ein anderes Machtzentrum.

China vertieft seine Beziehungen zu Iran, Saudi-Arabien und Pakistan kontinuierlich. Peking vermittelt, investiert und baut wirtschaftliche Netzwerke aus, ohne selbst militärisch als Hegemon aufzutreten. Gerade diese Strategie verschafft China wachsenden Einfluss. Statt Militärbasen entstehen Handelskorridore, Energiepartnerschaften und politische Vermittlungsrollen.

Der Petrodollar gerät erneut unter Druck

Sollte sich diese neue Sicherheitsarchitektur verfestigen, hätte dies weit über den Nahen Osten hinausreichende Folgen.

Die Region kontrolliert einen erheblichen Teil der weltweiten Öl- und Gasexporte. Wenn sich ihre Sicherheitsordnung von Washington löst und sich wirtschaftlich stärker nach Asien orientiert, gerät zwangsläufig auch das bisherige Finanz- und Handelssystem unter Druck. Schon heute wird ein wachsender Teil des Energiehandels ausserhalb des Dollars abgewickelt. Ein eigenständiger regionaler Machtblock könnte diese Entwicklung weiter beschleunigen.

Eine tektonische Verschiebung

Noch ist unklar, welche praktische Bedeutung das neue Verteidigungsabkommen entfalten wird. Doch bereits seine Unterzeichnung sendet eine klare Botschaft:

Der Nahe Osten beginnt, sich sicherheitspolitisch neu zu organisieren.

Während die USA mit militärischen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen kämpfen, entstehen neue regionale Bündnisse, neue Vermittler und neue Machtzentren.

Ob daraus tatsächlich eine neue Ordnung entsteht, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen.

Fest steht jedoch: Der Nahe Osten verändert sich derzeit schneller als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Ende des Kalten Krieges – und möglicherweise erlebt die Welt gerade den Beginn einer geopolitischen Verschiebung, deren Folgen weit über die Region hinausreichen.

Quellen:

The Guardian: Saudi Arabia, Turkey and Pakistan sign NATO-style defense pact

<https://www.theguardian.com/world/2026/aug/07/houthi-strikes-yemen-saudi-arabia-attacks-iran-war-middle-east-crisis>

Dawn (Pakistan): Saudi Arabia, Pakistan and Türkiye sign landmark defence pact

<https://www.dawn.com/news/2021248>

Arab News: Saudi Arabia, Pakistan and Türkiye deepen strategic defense cooperation
<https://www.arabnews.com/i24NEWS>: Turkey, Saudi Arabia and Pakistan finalize joint defense pact

<https://www.i24news.tv/en/news/international/artc-turkey-saudi-arabia-and-pakistan-to-finalize-joint-defense-pact-in-jeddah-report>

Quelle: <https://uncutnews.ch/neue-islamische-nato-veraendert-den-nahen-osten-das-ende-der-amerikanischen-ordnung-rueckt-naeher/>

INFOSperber
 sieht, was andere übersehen.
 28.7.2026



Emanuel Macron und Friedrich Merz (7. und 8. v.l.) bei ihrem Treffen letzte Woche am Fliegerhorst Nörvenich. Im Hintergrund ein Kampffjet der französischen Nuklearstreitkräfte. © Team Luftwaffe / Instagram.com

Die «alte Frage», ob Deutschland Atomwaffen braucht

Deutschland und Frankreich starten Übungen zur Kooperation bei Atomwaffeneinsätzen. Auch über eine deutsche Bombe wird diskutiert.

German Foreign Policy

Deutschland und Frankreich haben erste konkrete Übungen für eine Kooperation bei etwaigen französischen Atomwaffeneinsätzen realisiert. Anlässlich des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats, der am Freitag auf dem Fliegerhorst Nörvenich südwestlich von Köln abgehalten wurde, führten zwei Mirage-Kampffjets der französischen Nuklearstreitkräfte sowie zwei deutsche Eurofighter Übungen etwa in der Luftbetankung durch. Für diesen Herbst ist die Entsendung deutscher Militärs als Beobachter zu einem französischen Atomwaffenmanöver geplant.

Grundlage ist die Strategie der «vorverlegten Abschreckung» (*dissuasion avancée*), die Präsident Emmanuel Macron am 2. März öffentlich vorgestellt hat und die eine Einbindung anderer Staaten Europas vorsieht, darunter Deutschland. Allerdings dürfen die eingebundenen Staaten weder an einem etwaigen Beschluss zum Einsatz von Atomwaffen teilnehmen noch an Entscheidungen, die die Planung derartiger Einsätze betreffen. Paris behält damit die alleinige Führung. Berlin hat sich deshalb lange verweigert. Zudem wird in der Bundesrepublik weiterhin auch über eine «deutsche Bombe» diskutiert.

Die «vorverlegte Abschreckung»

Das neue Konzept der «vorverlegten Abschreckung» (*dissuasion avancée*) hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 2. März in einer Grundsatzrede zu den französischen Atomwaffen auf dem Marinestützpunkt Île Longue in der Bretagne vorgestellt; dort befinden sich die Atom-U-Boote der französischen Atomstreitmacht (*Force de dissuasion nucléaire française*).

Macron kündigte in der Rede, in der er vom Beginn eines neuen «Zeitalters der Atomwaffen» sprach, einige Veränderungen im Bestand und in der Doktrin der französischen Nuklearstreitkräfte an. Demnach wird Frankreich die Anzahl seiner Atomsprengköpfe, die bislang mit 290 angegeben wurde, erhöhen, allerdings nicht genau beziffern, wie viele künftig in seinen Beständen lagern werden. Dies soll bei potenziellen Gegnern ebenso Ungewissheit schaffen wie die Tatsache, dass Frankreichs «rote Linien nicht ganz genau erkennbar» sein sollen [1].

Nach dem zugrundeliegenden strategischen Denken erhöht derlei Ungewissheit die abschreckende Wirkung. Letzteres soll auch dadurch geschehen, dass die Schäden, die ein französischer Atomwaffeneinsatz bewirken würde, nicht mehr als «inakzeptabel», sondern als so massiv beschrieben werden, dass der davon betroffene Staat, wie gross auch immer er sei, sich «nicht mehr erholen» könne [2].

Die europäische Komponente

Die europäische Komponente der neuen Nuklearstrategie sieht verschiedene Elemente vor. Zum einen sollen atomwaffenfähige Rafale-Kampffjets der französischen Nuklearstreitkräfte auf Stützpunkte in anderen Staaten Europas verlegt werden, allerdings nur zeitweise, nicht dauerhaft wie im Rahmen der «nuklearen Teilhabe» an den US-Atomwaffen. Die zeitweise Verlegung soll «das Kalkül unserer Gegner verkomplizieren», erläuterte Macron [3].

Darüber hinaus ist geplant, die nuklearen Kooperationspartner in gemeinsame strategische Debatten einzubeziehen. Nicht gewähren werde man ihnen die Mitsprache über einen Einsatz der Atomwaffen oder über dessen Planung. Auch die «vitalen Interessen», zu deren Schutz die Nuklearstreitkräfte benötigt würden, würden weiterhin ausschliesslich in Frankreich definiert. Dementsprechend könne es für die europäischen Kooperationspartner keine «Garantie im strengen Sinne» geben.

Allerdings betreffe ein Angriff auf sie schon allein aufgrund der engen Verflechtung der europäischen Länder untereinander französische Kerninteressen. Die grundlegenden Interessen Frankreichs und damit auch seine «roten Linien» seien also mit denjenigen der anderen europäischen Staaten strukturell aufs Engste verknüpft.

Optionen aktiver Beteiligung

Zu den Optionen einer aktiven Beteiligung der europäischen Kooperationspartner an der «vorverlegten Abschreckung» erklärte Macron am 2. März, erstens komme Unterstützung bei der Satelliten- und Radaraufklärung in Frage. Es gehe darum, anfliegende feindliche Raketen zu entdecken [4]. Zweitens seien «erweiterte Flugabwehr und Schutzmassnahmen» gegen anfliegende «Raketen und Drohnen» erforderlich. Drittens gehe es darum, «Fähigkeiten für Angriffe in grosser Tiefe», weit im feindlichen Hinterland, zu schaffen. Indem all dies intensiv auf die französischen Nuklearstreitkräfte ausgerichtet wird, erhält Paris eine starke Stellung in der Hochrüstung des Kontinents. Macron zufolge soll Frankreichs «Nuklearschutzschirm» die «nukleare Teilhabe» im NATO-Rahmen keinesfalls ersetzen, sondern sie bloss ergänzen.

«Schlüsselpartner» sei Deutschland. Bereits Anfang März beteiligten sich darüber hinaus Belgien und die Niederlande, Griechenland, Polen, Dänemark und Schweden an der Pariser Massnahme. Im Mai gesellte sich Norwegen hinzu – ein Schritt, der als höchst bemerkenswert eingestuft wird, da Norwegen als recht stark an den USA orientiert gilt [5]. Auch in Estland wird über eine Beteiligung an der «vorverlegten Abschreckung» nachgedacht [6]. Weitere Staaten könnten nachziehen.

Nukleare Steuerungsgruppe

Bereits am 2. März unterzeichneten Macron und Bundeskanzler Friedrich Merz eine Absichtserklärung, in der sie die Einrichtung einer nuklearen Steuerungsgruppe ankündigten; diese solle den «Rahmen für den verteidigungspolitischen Austausch und die Koordinierung strategischer Massnahmen» bilden. Insbesondere gelte es, für die «atomare Abschreckung» die «geeignete Mischung aus konventionellen Fähigkeiten, Raketenabwehr sowie französischen Nuklearfähigkeiten» zu identifizieren [7].

Schon damals war davon die Rede, es solle noch in diesem Jahr eine erste «konventionelle Beteiligung Deutschlands an französischen Nuklearübungen» geben. Zugleich waren «gemeinsame Besuche strategischer Einrichtungen» geplant.

Erste Übungen

Im Zusammenhang mit dem Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat, der am vergangenen Freitag auf dem Fliegerhorst Nörvenich südwestlich von Köln stattfand, wurden erste konkrete Schritte durchgeführt. Am Vortag hatten zwei Mirage-Kampffjets der französischen Nuklearstreitkräfte gemeinsam mit zwei Eurofightern der deutschen Luftwaffe ihre ersten gemeinsamen Übungen absolviert, bei der sie etwa von einem französischen Tankflugzeug des Modells MRTT Phenix betankt wurden; anschliessend landeten sie auf dem Fliegerhorst Nörvenich [8]. Dort wurden sie in einem Hangar aufgestellt, in dem am Freitag der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat zusammenkam; Medien verbreiteten Fotos, auf denen Merz, Macron sowie die Aussen- und die Verteidigungsminister beider Länder neben den Kampffjets tagend zu sehen sind.

Im Herbst sollen erstmals deutsche Soldaten in die unterirdische Kommandozentrale in Taverny bei Paris eingeladen werden, um dort als Manöverbeobachter an der viermal im Jahr abgehaltenen Übung der französischen Nuklearstreitkräfte namens Poker teilnehmen zu können [9]. Im vergangenen Jahr waren erstmals britische Offiziere zu einem Manöver der Serie eingeladen worden.

Die deutsche Bombe

Eine Einbindung in seine «nukleare Abschreckung» hatte Frankreich Deutschland mehrfach angeboten; zuletzt hatte Macron dies bereits im Jahr 2020 getan [10]. Bislang hatte Berlin das Angebot stets zurückgewiesen, weil Paris sich die Entscheidung über einen Einsatz von Atomwaffen selbst vorbehält. Macron legte am Freitag erheblichen Wert auf die Feststellung, Frankreich finanziere seine Atomstreitkräfte auch weiterhin komplett eigenständig. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil eine Kofinanzierung eine Forderung nach Mitbestimmung begründen könnte. Diese lehnt Paris kategorisch ab.

In der Bundesrepublik wird daher weiter auch über die Beschaffung eigener Nuklearwaffen debattiert. Für den 24. Juni etwa kündigte die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung eine Diskussionsveranstaltung unter dem Thema an: «Die Rückkehr der Nuklearfrage – Braucht Deutschland die Atombombe?» [11] Diese «alte Frage», hiess es erläuternd, stelle sich nun «erneut».

[1] Discours du Président sur la dissuasion nucléaire. uk.diplomatie.gouv.fr 04.03.2026.

[2] Chloé Hoorman: La dissuasion nucléaire française fait un grand pas vers l'Europe. lemonde.fr 03.03.2026.

[3], [4] Discours du Président sur la dissuasion nucléaire. uk.diplomatie.gouv.fr 04.03.2026.

[5] La Norvège rejoint l'initiative française sur la dissuasion nucléaire, l'autonomie européenne s'organise. radiofrance.fr 29.05.2026.

[6] Fabrice Wolf: L'Estonie se dit prête à discuter de l'extension du parapluie nucléaire français. meta-defense.fr 10.03.2026.

[7] Joint declaration of President Macron and Chancellor Merz. bundesregierung.de 02.03.2026.

[8] Starkes Duo für Europa: Deutsch-Französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat. bmvg.de 17.07.2026.

[9] Michaela Wiegel, Matthias Wyssuwa: Gemeinsam abschrecken. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.07.2026.

[10] S. dazu: Ein Nuklearschild für die EU.

[11] Konrad-Adenauer-Stiftung: Gegenwart und Zukunft der Kriegsführung. Politisches Bildungsforum Sachsen.

Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs drängt auf einen Ausweg aus dem Iran-Krieg und warnt, dass eine Eskalation nach hinten losgehen werde

Tyler Durden via ZeroHedge, August 9, 2026

Als weiteres Zeichen für den wachsenden Druck auf Präsident Trump, die US-Streitkräfte aus seinem seit fünf Monaten andauernden, erfolglosen Krieg gegen den Iran abzuziehen, **hat Amerikas oberster General in enger Zusammenarbeit mit anderen Trump-Beratern deutlich gemacht, dass eine weitere Schwächung des Waffenarsenals des Pentagons die Haltung des Irans wahrscheinlich nicht ändern wird, während eine**

Eskalation wahrscheinlich nach hinten losgehen dürfte, berichtete CNN am Freitagabend unter Berufung auf «mit der Angelegenheit vertraute Quellen».



Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Dan Caine, nutzt informelle Gespräche mit Kabinettsmitgliedern – darunter CIA-Direktor John Ratcliffe, Aussenminister Marco Rubio und Vizepräsident JD Vance –, um sicherzustellen, dass sie ein gemeinsames, klares Bild der militärischen Lage haben, bevor sie sich mit Trump treffen, so die Quellen von CNN. Zusammenfassend sagte einer: «Caine sucht nach einem Ausweg.»



Bei einer Anhörung im Kongress im Juli sagte Caine: «Die Luftmacht hat ihre Grenzen.» Der unter dem Spitznamen «Razin Caine» bekannte General soll diese Vorsicht auch in seinen Gesprächen hinter den Kulissen mit gleichgesinnten Beamten bekräftigt haben, die der Ansicht sind, dass eine massive Eskalation der US-Angriffe auf den Iran katastrophale Folgen für die Region und die Interessen der USA haben könnte. «Es gibt eigentlich nicht mehr viel zu treffen, da es sich um ein «Whack-a-Mole»-Spiel mit Drohnen- und Raketenstellungen handelt. Der Bombenangriff auf Kraftwerke wäre öffentlich viel bedeutender», sagte eine Quelle. Andere meinten, ein Angriff auf die iranische Infrastruktur würde die Bürger des Landes wahrscheinlich noch stärker hinter die Regierung scharen – sogar noch mehr, als es der Krieg bereits getan hat. Am vergangenen Wochenende schien das US-Militär bereit zu sein, Trumps Drohung, «den grössten Angriff seit dem Zweiten Weltkrieg» zu starten, in die Tat umzusetzen, doch er blies den Angriff ab – zumindest teilweise aufgrund tiefgreifender Bedenken, die der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman geäußert hatte. Der Iran hatte versprochen, im gesamten Golfgebiet Chaos anzurichten. «Die einzigen, die die Operation befürworteten, waren Kräfte des CENTCOM», sagte eine Quelle und bezog sich dabei auf das Central Command des Pentagons, das für Einsätze im Nahen Osten zuständig ist. Die Quelle wies zudem darauf hin, dass auch Israel eine Eskalation des Krieges anstrebt.



Joe Kent ✓
@joekent16jan19 · Folgen



The U.S. Intelligence Community assessed this & consistently briefed it. Unfortunately, it was the Israeli government & their lobbyists who convinced the President that Iran would be as easy as Venezuela.



abdullah baabood عبدالله باعبود @abaabood

We're now hearing that the U.S. neither expected Iran to close the Strait of Hormuz nor anticipated Iranian attacks on the Gulf states. Seriously? Was this a failure of intelligence, a misreading of deterrence, or simply strategic naivety?

Übersetzungen von «X»: Die US-Geheimdienstgemeinschaft hat dies bewertet und es durchgehend berichtet. Leider waren es die israelische Regierung und ihre Lobbyisten, die den Präsidenten davon überzeugten, dass Iran genauso einfach zu handhaben sein würde wie Venezuela.

Wir hören jetzt, dass die USA weder erwartet haben, dass der Iran die Strasse von Hormus schliesst, noch iranische Angriffe auf die Golfstaaten vorausgesehen haben. Ernsthaft? War das ein Versagen der Nachrichtendienste, eine Fehldeutung der Abschreckung oder einfach strategische Naivität?

«Ich glaube, das ist einfach seine Art, das Militär zu schützen», sagte eine Quelle über Caines Warnkampagne. Der fünfmonatige Krieg von Trump und Netanjahu gegen den Iran hat nicht nur das Leben von mindestens 18 US-Soldaten gekostet und mehr als 600 weitere verwundet, sondern auch das US-Waffenarsenal stark dezimiert. Unter Bezugnahme auf Army Tactical Missile Systems (ATACMS) und Precision Strike Missiles (PrSM) teilten zwei Quellen diese Woche gegenüber Reuters mit, dass «Washington praktisch alle diese Waffen verbraucht hat», was frühere Medienberichte und Studien von Thinktanks weiter untermauert, die wegen der schwindenden Munitionsvorräte Alarm geschlagen hatten. Es sind nicht nur die Offensivwaffen, die zur Neige gehen: Auch die knappen Vorräte an Luftabwehrraketen geben Anlass zu grosser Sorge, insbesondere für die Golfstaaten, die im Falle eines neuen gross angelegten US-Angriffs auf den Iran mit einer wahrscheinlich verheerenden iranischen Gegenreaktion rechnen müssten.

Anfang dieses Jahres kritisierte eine Quelle Caine dafür, dass er es versäumt habe, Trump eindringlich auf die Tücken eines Konflikts mit einem derart gut ausgerüsteten und geologisch geschützten Gegner hinzuweisen. «Er hält sich definitiv zurück», sagte die Quelle damals und fügte hinzu, dass Caine gegenüber seinen Militärkollegen viel offener sei als gegenüber seinem Oberbefehlshaber. Nun verschärft Caine offenbar seinen Kurs. Obwohl er vor dem schwindenden Waffenarsenal warnte, soll Caine Trump versichert haben, dass das Pentagon, sollte er eine massive Eskalation anordnen, es schaffen könnte, im gesamten Iran erhebliche Zerstörungen anzurichten. Allerdings würde dies Irans Kontrolle über die Strasse von Hormus wahrscheinlich nicht erschüttern, geschweige denn die Nuklearsituation wesentlich beeinflussen, die in betrügerischer Weise – seit Jahrzehnten – als Kriegsgrund vorgebracht wurde:



Übersetzung von «X»: NEU: CNN hat eine Reihe von Clips zusammengestellt, die zeigen, wie der israelische Ministerpräsident Netanjahu seit 1996 warnt, dass der Iran kurz davorsteht, eine Nuklearwaffe zu entwickeln.

Quelle: Joint Chiefs Chair Pushing For Iran War Off-Ramp, Warning Escalation Will Backfire

Quelle: <https://uncutnews.ch/vorsitzender-des-vereinigten-generalstabs-draengt-auf-einen-ausweg-aus-dem-iran-krieg-und-warnt-dass-eine-eskalation-nach-hinten-losgehen-werde>



Sie kommen, um uns zu holen

Philip Giraldi, August 7, 2026

Das Weisse Haus entdeckt weitere «Kommunisten» und Terroristen

In Donald Trumps Amerika kann man jeden Morgen aufwachen, die Schlagzeilen der Nacht online überfliegen und etwas Neues und Aufregendes entdecken. In der vergangenen Woche gab es ein Gemisch aus (erneutem) Krieg gegen den Iran und einem komplizierten Auftreten in anderen Angelegenheiten, während Präsident Trump offenbar seine Feinde in den USA und anderswo ins Visier nimmt. US-Kriegsminister Pete Hegseth befürwortet die Zunahme weltweiten Chaos. Er freut sich auf eine Zunahme von US-ausgelöster Gewalt und hat angeordnet, dass männliche Soldaten, Luftwaffenangehörige, Matrosen und Marinesoldaten auf ihren Testosteronspiegel getestet werden.

«Hegseth argumentiert, dass diese Massnahme, die Teil der regelmässigen Gesundheitsuntersuchung des Militärs für Truppen über 30 werden soll, die optimale Leistungsfähigkeit und langfristige Gesundheit der Soldaten gewährleisten wird ... Der Schritt passt zu Hegseths Fokus auf Aussehen und Männlichkeit, den ein Demokrat diese Woche als «homoerotisch» bezeichnete.» Wer nicht genügend des Hormons «männliche Eigenschaften» im Körper hat, gilt als untauglich für den Kampfeinsatz, da die unter Hegseth geförderten tödlichen Instinkte ein gewisses Mass an Wut erfordern. Manchen Soldaten wird möglicherweise eine Therapie zur Steigerung ihres Hormonspiegels angeboten.

Und vielleicht nicht ganz so überraschend: Ein Grossteil der täglichen Nachrichten scheint auf Amerikas «besten Freund und engsten Verbündeten» Israel zu beziehen. Eine der grössten Ironien des Wettstreits zwischen Israel und dem Rest der Welt ist, wie das Alte Testament, die «Tora», regelmässig von Washington und den nationalen Medien zitiert wird, um alles zu rechtfertigen, was der jüdische Staat tut. Dies geschieht, obwohl das biblische Judäa ausser einer beständigen Mythologie, die mit der Holocaust-Fantasie verwoben ist, um den Mythos der «Auserwähltheit» aufrechtzuerhalten, wenig mit dem heutigen Israel gemein hat. In Wirklichkeit hörte Judäa im Jahr 70 n. Chr. als Nation auf zu existieren, als die Römer es zerstörten, einschliesslich des Zweiten Tempels in Jerusalem, von dem nichts Physisches mehr erhalten ist, und die Juden in die Vertreibung zwangen. Danach wurde das Gebiet des heutigen Palästina unter verschiedenen Herrschaften von Rom, Byzanz, muslimischen Arabern, christlichen Europäern, Mameluken, Türken und Briten geführt, bis 1948 aus politischen Gründen ein jüdischer Staat gegründet wurde. Das bedeutet, dass es fast 1900 Jahre lang weder ein «Israel» noch eine jüdische Nation gab und die jüdische Präsenz in der Ursprungsregion des Judentums marginal war. Es gab eindeutig kein historisches Mandat, eine Gruppe von Fremden, deren einzige Verbindung eine Religion war, die viele von ihnen nicht praktizierten, in ein Land umzusiedeln, dessen einheimische Bevölkerung, die dort seit zwei Jahrtausenden unter christlicher und muslimischer Fremdherrschaft gelebt hatte, sie anschliessend zu entvölkern begann.

Die jüngsten US-Präsidenten haben versucht, die brutale israelische Unterdrückung und Besetzung des vermeintlichen Nachbarstaates Palästina als etwas durchaus Akzeptables darzustellen. Dies liegt insbesondere an dem Unsinn, den eine Gruppe amerikanischer Fundamentalisten verbreitet, die oft als christliche Zionisten (CZ) bezeichnet werden. Der weltfremde US-Botschafter in Israel, Mike Huckabee, verkörpert diese am besten. Diese Leute verehren die jüdische Bibel, wie man es auch ausdrücken könnte, und interpretieren sie als «erklärt» durch die Scofield-Bibel aus dem 19. Jahrhundert. Huckabee behauptet sogar wahnsinnigerweise: «Ohne Israel, ohne das jüdische Fundament, gäbe es Amerika nicht.»

Leider sind die CZ in grosser Zahl in den südlichen und einigen mittelwestlichen Staaten des sogenannten Bibelgürtels vertreten und wählen zuverlässig Kongressabgeordnete und sogar Präsidenten, die Israel an erste Stelle setzen. So bekommen wir Ungeheuer wie den Texaner Ted Cruz, den Arkansas-Bewohner Tom Cotton und den kürzlich verstorbenen South Caroliner Lindsey Graham, die die Aussenpolitik bestimmen. Und wir bekommen Präsidenten wie Joe Biden und Donald Trump, deren aussergewöhnliche Loyalität zu Israel bei ihren Kandidaturen hätte hinterfragt werden müssen!

Der jüngste Versuch des US-Kongresses, Israels Intoleranz gegenüber Christen und Muslimen, mit denen es das ehemalige Palästina teilen soll, weiter zu verschärfen, ist ein kürzlich verabschiedeter Verfassungszusatz, der gleiche Gebetsrechte für Juden auf dem Jerusalemer Tempelberg fordert. Auf dem Berg befindet sich die Al-Aqsa-Moschee, eine der drei heiligsten Stätten des Islam, die der Überlieferung nach der Ort ist, an dem Mohammed von Allah in den Himmel entrückt wurde. Bei der Gründung Israels 1948 wurde Jerusalem von den Vereinten Nationen als internationale Stadt für alle Glaubensrichtungen anerkannt. Der Berg galt als besonderer Ort für Muslime, und Angehörige anderer Religionen hatten nur eingeschränkten Zugang. In jüngster Zeit gab es in Israel immer wieder Forderungen extremistischer jüdischer Politiker, den Berg zu öffnen. Es wurde sogar der Bau eines jüdischen Dritten Tempels gefordert, und noch radikalere Forderungen gingen bis hin zum vollständigen Abriss der Al-Aqsa-Moschee. Dies ging einher mit verstärkter Verfolgung und sogar Schliessung von Kirchen und Moscheen in anderen Teilen der Stadt, mit der klaren Absicht, Jerusalem zu einem exklusiveren jüdischen Viertel zu machen. Trump und seine Gefolgschaft haben natürlich keinerlei Einwände gegen jüdischen Aktivismus erhoben, selbst während Christen aktiv verfolgt und ihnen der Zugang zu ihren Kirchen und heiligen Stätten verwehrt wird.

Ungeachtet Israels sollten die Ansichten von Amerikanern, die das im ersten Verfassungszusatz garantierte Recht auf freie Meinungsäusserung schätzen, besonders besorgniserregend sein angesichts der autoritären Richtung, die die Bundesregierung einschlägt. Man muss die Verurteilungen von «Kommunisten» und «Terroristen» durch Trump und seinen Nationalen Sicherheitsberater und Aussenminister Marco Rubio in der vergangenen Woche beachten, insbesondere jene vorwiegend progressiven Kräfte, die offenbar an vorderster Front gegen die vom Weissen Haus propagierte, vermeintlich fortschrittliche Politik stehen. Offenbar herrscht die Überzeugung vor, dass die Etikettierung von Gegnern auf diese Weise den Sieg bei den anstehenden Zwischenwahlen im November sichern wird, bei denen die Demokraten unter anderem als anti-israelisch diffamiert werden. Zudem soll es die gezielte Abschiebung oder Inhaftierung solcher Personen erleichtern, um sie zum Schweigen zu bringen, wie es bereits mit ausländischen Studenten an amerikanischen Universitäten geschieht.

Was die aktuellen Entwicklungen angeht, so dürfte Trumps Aktivierung des wenig bekannten «ausländischen Terroristen»-Abschiebungsgerichts dem Präsidenten und seinen Anhängern ein neues Instrument an die Hand geben, um das Land von allen zu säubern, die sich gegen die Tötung von Menschen ohne verfassungsmässiges oder rechtliches Verfahren wehren könnten, wie sie in der Karibik, im Iran und im Sudan stattgefunden hat. Nicht, dass Trump ein neues Gericht nötig gehabt hätte, da er kein Freund des Rechtsstaats ist und in seinen Wutanfällen immer wieder willkürlich handelt, um sowohl amerikanische Staatsbürger als auch Ausländer zu bestrafen. Man denke nur an die kürzliche Verhaftung eines amerikanischen Staatsbürgers, der in Spanien unterwegs war. Wie der Guardian berichtet, verhafteten spanische Behörden am vergangenen Freitag auf Ibiza den 41-jährigen US-Bürger James Chambers, einen wohlhabenden Spender linker und humanitärer Projekte weltweit, auf Ersuchen der USA. Er wurde in ein Gefängnis in Madrid überführt. Laut einem Sprecher des spanischen Obersten Gerichtshofs strebt das US-Justizministerium unter Trump seine Auslieferung wegen angeblicher finanzieller Unterstützung der Hamas an. Dies ist der erste bekannte Fall, in dem die USA die Auslieferung eines Bürgers wegen angeblicher Unterstützung der Hamas beantragen. Die Ereignisse ereignen sich, während US-Aussenminister Marco Rubio diese Woche 66 Länder – darunter Spanien – zu einer Konferenz einberief, um linke Aktivitäten als Terrorismus zu diskreditieren. Tatsächlich ist die Hamas natürlich eine legitime Widerstandsbewegung, und diejenigen, die wegen Terrorismus angeklagt werden sollten, sind Israelis, allen voran Premierminister Benjamin Netanjahu, sollte er es wagen, im August die UN in New York zu besuchen. Doch dieser Fakt scheint Donald Trump und Marco Rubio nicht zu kümmern. Man kann nur annehmen, dass die Trump-Regierung in den nächsten drei Monaten einen deutlichen Rechtsruck vollziehen und alle Kritiker als Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika einstufen wird. Zunächst werden Ausländer in den USA im Fokus stehen, doch der Mechanismus lässt sich leicht ausweiten, um alle Kritiker oder Unterstützer von Widerstandsgruppen zu erfassen, wie es dem US-Bürger James Chambers in Spanien widerfährt. Es ist ein Leichtes, den Kongress einzuschalten oder das Weisse Haus zu veranlassen, eine Organisation als «terroristisch» zu bezeichnen, und diejenigen, die sie im Widerstand gegen die US-Politik unterstützen, werden bestraft werden. Genau das wird passieren, wenn wir, das Volk, uns nicht jetzt vereinen und dem ein Ende setzen!

Quelle: They Are Coming to Take Us Away

Übersetzung: antikrieg

Quelle: <https://uncutnews.ch/sie-kommen-um-uns-zu-holen/>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

7.8.2026.



Laut den Vereinten Nationen wurde allein während der ersten sechs Kriegsmonate alle zehn Minuten ein Kind in Gaza verletzt oder getötet. © WHO / Christopher Black

«Nie zuvor so viele Menschen mit schweren Verletzungen gesehen» Ein früherer WHO-Mitarbeiter beschreibt die dramatischen Zustände in Gaza. Das Sauberste in einem Spital war eine Kinderwindel.

Martina Frei

Der niederländische Arzt Rik Peepkorn war fünf Jahre lang für die WHO im Einsatz in Palästina und vorher, von 2013 bis 2020, in Afghanistan. Nach seiner Pensionierung teilte er einem Reporter der Ärztezeitung «The Lancet» mit, was er in den letzten Jahren in Gaza erlebt hat: «Ich habe nie zuvor eine solche Menge an Kindern, Heranwachsenden, Frauen, Männern und älteren Menschen mit schweren Verletzungen gesehen.»

Die Arbeit der Helfer habe unter «unaufhörlichen Bombardierungen und Angriffen stattgefunden», mit «zahlreichen Attacken auf das Gesundheitssystem und dessen Mitarbeitende». Manche Situationen seien «jenseits von verzweifelt» gewesen, so Peepkorn, der sich bereits während seiner Zeit in Gaza verschiedentlich zu Wort gemeldet und ein Ende des «sinnlosen Tötens» gefordert hatte.

Immer wieder hätten die WHO-Mitarbeiter medizinische Vorräte von einem Ort zum anderen schaffen müssen, weil das israelische Militär die Lagerstätten vernichtet habe. Das Al-Shifa-Hospital, grösstes Spital in Gaza, wurde praktisch völlig zerstört.



Was vom grössten Spital in Gaza, dem Al-Shifa Hospital, übrigblieb. © WHO

Massengräber unter zwei Spitälern entdeckt

Unter diesem Spital sowie unter dem Nasser Hospital in Kahn Younis wurden im April Massengräber mit hunderten von palästinensischen Leichnamen entdeckt, tief im Boden vergraben und mit Abfall bedeckt. «Unter den Toten waren dem Vernehmen nach ältere Menschen, Frauen und Verwundete, während andere mit gefesselten Händen – gefesselt und ausgezogen – aufgefunden wurden», sagte eine Sprecherin des UN-Hochkommissars für Menschenrechte.

Der Waffenstillstand im Oktober 2025 habe laut Peeperkorn «enttäuschend wenig Fortschritt» gebracht. Auch wenn sich die katastrophale Lage für die Kinder dadurch etwas entschärft habe, seien im März 2026 trotzdem rund 2800 Babys und Kleinkinder wegen Unterernährung zugewiesen worden, darunter 600 in akut bedrohlichem Zustand; im April 2026 waren es rund 3500 Kinder, die wegen Unterernährung behandelt werden mussten.

Israel habe «höchst willkürliche» und «drakonische» Regeln erlassen, was die Einfuhr medizinischer Güter betreffe, ergänzte Leonard Rubenstein, Professor an der Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health, im «Lancet»-Artikel. Alles, was aus israelischer Sicht sowohl für medizinische als auch für militärische Zwecke benutzt werden könnte, dürfe nicht eingeführt werden. Laborzubehör und -reagenzien, Ersatzteile für Generatoren, orthopädische Gegenstände und vorgefertigte Spitäler: «Man weiss nie, welches Ausrüstungsteil neu als Dual-Use-Gut eingestuft und verboten wird.»

Jede Wunde eitrig

Im «British Medical Journal» berichtete ein Chirurg Ende April, dass jede Wunde, die er in Gaza gesehen habe, infiziert gewesen sei. Die Unterernährung und die schlechten Lebens- und Hygienebedingungen tragen dazu bei. Der Gestank von ungeklärten Abwässern hänge überall in der Luft. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten sich zwischen zwei Behandlungen die Hände nicht desinfizieren.

Angesichts der Mangellage würden medizinische Einmalprodukte mehrmals verwendet. Dazu zählen beispielsweise Metallstäbe und -schrauben, um Knochenbrüche von aussen zu stabilisieren. Sie seien bei Verstorbenen ausgebaut und wiederverwendet worden.

«Ich erinnere mich an einen Patienten, der mit einer extrem schweren Sprengverletzung am Bein kam und das Bein verlor. Als er mit dieser schrecklichen offenen Wunde in die Notaufnahme kam, war das Sauberste, was ich finden konnte, um den verbliebenen Teil seiner Gliedmasse abzudecken – etwas, das nicht schon völlig blutdurchtränkt war –, eine unbenutzte Kinderwindel.»

Hitzeschläge, Krätze, Unterernährung – und immer wieder Appelle an die internationale Gemeinschaft

Fast 90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung lebe in Zelten, die bei heissem Wetter oft zur Hitzefalle mit Temperaturen über 45 Grad Celsius würden, wenn weder Strom noch Belüftung vorhanden seien. Das berichtete das palästinensische Sozialministerium auf seiner Website. In einigen Regionen hätten die Menschen weniger als drei Liter Wasser pro Tag. Es gebe «Tausende Fälle von Hitzeerschöpfung und Hitzschlag sowie einen starken Anstieg von Hautkrankheiten wie Hitzepickeln, Krätze, Pilzinfektionen». Durchfall und Virushepatitis verbreiten sich über verunreinigtes Wasser, Abfälle und Fäkalien. Es bestehe ein «gravierender Mangel an grundlegenden Hygieneartikeln».

An einer Medienkonferenz am 3. August 2026 berichtete die palästinensische Sozialministerin, dass etwa 74'000 Kinder an «akuter Mangelernährung» litten. Zum x. Mal appellierte Palästina an die internationale Gemeinschaft, «ihrer Verantwortung nachzukommen, indem sie die vollständige und dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge sicherstellt, den sicheren und ungehinderten Fluss humanitärer Hilfe und kommerzieller Güter gewährleistet, Wiederaufbauprogramme und die Wiederherstellung lebenswichtiger Dienstleistungen unterstützt, die Zivilbevölkerung schützt, ihre Würde wahrt und dem palästinensischen Volk eine echte Chance gibt, sein Leben wieder aufzubauen und seine Zukunft zu sichern.»

Die Normalität amerikanischer Kriege

Andrew P. Napolitano

Der Krieg im Iran ist völkerrechtswidrig und verfassungswidrig, doch in Amerika der Nachkriegszeit gilt er als normal. Hier die Vorgeschichte:

Als Präsident Donald Trump im vergangenen Juni beschloss, den Iran zu bombardieren, nannte er dafür keinen schlüssigen oder rechtmässigen Grund. Sein Geheimdienstdirektor und die CIA hatten ihm öffentlich versichert, dass der Iran keine Atomwaffen besitze und die Entwicklung solcher Waffen bereits 2005 eingestellt habe.

Sein Aussenminister erklärte ihm, dass Iran und Israel einander bedroht hätten, doch er konnte nicht darlegen, inwiefern der Iran die Vereinigten Staaten von Amerika unmittelbar bedrohte. Da Israel jedoch einen Angriff auf den Iran plante, wollte er, dass die USA Israel dabei unterstützen. Dies war keine rechtlich be-

gründete Forderung, da die USA keinen Vertrag mit Israel haben und die Rechtsgrundlage für Angriffskriege gemäss den Verträgen, denen die USA beigetreten sind, ausschliesslich die Einhaltung eines Vertrags oder die Verhinderung eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs ist.

Als Trump sich an die Nation wandte, argumentierte er in einer wirren Begründung für den Sturz der iranischen Regierung, die Zerstörung des zivil genutzten angereicherten Urans, die Vernichtung der Fähigkeit des Irans, eine Atombombe zu bauen, die er gar nicht baute, und die Neutralisierung seiner Offensiv- und Defensivwaffen. Keines dieser Ziele war rechtmässig; ebenso wenig der Angriff auf eine Mädchenschule in Teheran. Weder ein unmittelbar bevorstehender Angriff auf die USA noch die wirtschaftlichen Folgen eines Krieges für die lebenswichtige internationale Ölroute, die Strasse von Hormus, wurden erwähnt.

Niemand in Trumps engstem Kreis widersprach ihm, ausser seinem Vizepräsidenten und seinem Anti-Terror-Direktor. Sie erklärten ihm, es gäbe keine rechtliche oder verfassungsmässige Grundlage für seinen Krieg.

Sie hatten Recht, doch die Geschichte sprach für Trump.

Im Lauf der amerikanischen Geschichte haben Präsidenten stetig die Macht zur Kriegsführung angehäuft, während der Kongress nach und nach die ihm von den Gründervätern ausdrücklich anvertraute verfassungsmässige Autorität abgegeben hat. Diese Transformation hat die verfassungsmässigen Kontrollmechanismen geschwächt, die Exekutivgewalt über ihre verfassungsmässigen Grenzen hinaus ausgedehnt, Millionen von Menschenleben gefordert, Billionen von Dollar verschlungen und die Vereinigten Staaten wiederholt in Konflikte verwickelt, die wenig bis gar nichts mit der Verteidigung Amerikas zu tun hatten.

Die Verfassung ist in der Frage des Krieges bemerkenswert eindeutig. Artikel I räumt dem Kongress – nicht dem Präsidenten – das Recht ein, den Krieg zu erklären. Gemäss Artikel II führt der Präsident den Krieg, jedoch nur nach Genehmigung durch den Kongress.

James Madison argumentierte, die Exekutive sei der Zweig, der «am meisten am Krieg interessiert und am anfälligsten dafür» sei. Genau deshalb teilte die Verfassung die Kriegsgewalt bewusst auf.

Die Verfassungsväter waren der Ansicht, dass niemand die Befugnis haben sollte, die Nation in einen bewaffneten Konflikt zu stürzen. Dennoch haben Präsidenten beider Parteien in den vergangenen acht Jahrzehnten diese verfassungsmässigen Grenzen konsequent ignoriert.

Präsident Harry Truman entsandte Hunderttausende amerikanische Soldaten in den Koreakrieg, ohne eine Kriegserklärung des Kongresses einzuholen, da er die dort stationierten US-Truppen als «Polizeimassnahme» bezeichnete.

Dieses Muster verschärfte sich während des Vietnamkriegs. Obwohl der Kongress die Tonkin-Golf-Resolution verabschiedete, basierte sie auf einem Betrug und delegierte seine verfassungsmässige Verantwortung faktisch an den Präsidenten. Die Folge waren jahrelange, eskalierende Konflikte, die letztendlich über 58'000 Amerikanern und Millionen Vietnamesen das Leben kosteten, ohne dass eines der erklärten Ziele erreicht wurde.

Die Anschläge vom 11. September 2001 beschleunigten diese Entwicklung grundlegend. Der Kongress verabschiedete die Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt und den Patriot Act – erstere räumte dem Präsidenten weitreichende Befugnisse zur Verfolgung der Verantwortlichen für die Anschläge ein, letzterer schränkte die durch den Vierten Verfassungszusatz geschützten Rechte erheblich ein.

Was als gezielte Kriegsermächtigung präsentiert wurde, entwickelte sich zu einer rechtlichen Rechtfertigung für Militäroperationen in mehreren Ländern gegen Gruppen, die 2001 noch gar nicht existierten.

Die Kriege in Afghanistan und im Irak verdeutlichen die Kosten dieses expansiven Ansatzes. Der Krieg in Afghanistan dauerte zwei Jahrzehnte, bis er mit der Rückkehr der Taliban an die Macht endete. Der Irak wurde auf der Grundlage von erfundenen oder fehlerhaften Geheimdienstinformationen über Massenvernichtungswaffen angegriffen.

Die eigentliche Aufgabe des Staates – laut Thomas Jefferson seine einzige – ist der Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum, nicht die Umgestaltung fremder Gesellschaften durch militärische Gewalt. Kriege aus freier Wahl haben unbeabsichtigte Folgen, stärken neue Feinde, verursachen Flüchtlingskrisen und erweitern die Macht des Staates im Inland.

Die wirtschaftlichen und menschlichen Folgen sind ebenso gravierend. Massive Verteidigungsausgaben haben die Staatsverschuldung auf fast 40 Billionen Dollar getrieben. Eine Regierung, die bereit ist, Millionen zu töten und Billionen für Kriege im Ausland auszugeben, während sie sich gleichzeitig verschuldet, um die Zinsen für diese Schulden zu bezahlen, wird eines Tages an ihrer eigenen Last zusammenbrechen - wie alle Imperien.

Eine wahrhaft verfassungsgemässe Aussenpolitik sähe ganz anders aus. Militärische Gewalt sollte der Verteidigung der Vereinigten Staaten gegen tatsächliche oder unmittelbar bevorstehende Angriffe vorbehalten sein, nicht spekulativen Bedrohungen, ambitionierten Projekten zum Nationbuilding oder Gefälligkeiten gegenüber anderen Ländern. Der Kongress sollte vor dem Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Kampfhandlungen offen debattieren und abstimmen.

Eine starke nationale Verteidigung erfordert keinen permanenten Krieg. Ein leistungsfähiges Militär kann Aggressionen abschrecken. Diplomatie, Handel und friedliche Zusammenarbeit dienen den amerikanischen Interessen im Allgemeinen effektiver als militärische Interventionen.

George Washingtons Warnung vor verstrickenden Auslandsverpflichtungen und John Quincy Adams Erklärung, Amerika ziehe «nicht ins Ausland, um Ungeheuer zu vernichten», bleiben relevante Leitlinien für eine Republik, die sich der Freiheit verpflichtet fühlt, und nicht für ein Imperium, das auf Eroberung aus ist. Natürlich können einem die Ungeheuer im Ausland auch ins Inland folgen.

Die verfassungsrechtliche Verteilung der Kriegsbefugnisse ist keine Verfahrensregel, sondern ein wesentlicher Schutz der Freiheit selbst. Jeder unnötige Krieg erweitert die Exekutivgewalt, vergrössert den Staatsapparat, verschlingt Vermögen, gefährdet amerikanische Leben ohne klare Notwendigkeit und schränkt die persönliche Freiheit ein.

Der beste Schutz vor endlosen Konflikten ist eine weniger mächtige Präsidentschaft und ein erneuertes Bekenntnis zur verfassungsmässigen Gewaltenteilung sowie zum Prinzip, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nur dann kämpfen sollten, wenn ihre eigene Sicherheit dies unmittelbar und nachweislich erfordert.

Ist es da verwunderlich, dass die USA nicht willens oder in der Lage sind, die jüngsten Morde an 163 Teheraner Schülerinnen und ihren Lehrern zu rechtfertigen?

erschieden am 6. August 2026 auf > Ron Paul Institute for Peace and Prosperity

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_08_08_dienormalitaet



Александр Егор Артемович
25.08.2013–24.06.2014



Ермилов Иван Владимирович
01.07.2009–02.07.2014



Чудинов Александр Александрович
16.10.1997–30.07.2014



Духненко Владислава Захаровна
13.03.2007–06.08.2014



Евсюкова Марина Вадимовна
25.07.2007–25.08.2014



Агабабянц Светлана Павлоана
11.06.2004–05.11.2014



Гусак Арина Васильевна
04.09.2010–21.01.2015



Пonomаренко Юрий Юрьевич
14.11.2001–23.04.2015



Ковтун Анастасия Юрьевна
07.06.2001–13.10.2018

Das sind die Gesichter der Kinder des Donbass: Ein Buch, das im Westen kaum jemand kennt

uncut-news.ch, August 7, 2026

Im Osten der Ukraine wuchs eine ganze Generation von Kindern zwischen Artilleriebeschuss, Luftalarm und dem Verlust von Freunden und Angehörigen auf. Ein **Buch dokumentiert ihre Schicksale** – und zeigt Bilder und Geschichten, die im westlichen Medienraum kaum Beachtung finden.

Ein Buch, das im Westen weitgehend unbeachtet bleibt

Die deutsche Journalistin Alina Lipp, die seit Jahren aus dem Donbass berichtet, sprach mit Anna Soroka, der ehemaligen stellvertretenden Aussenministerin der selbsternannten Volksrepublik Luhansk. Soroka stellte ihr ein Buch vor, das die Schicksale jener Kinder dokumentiert, die nach ihrer Darstellung im Donbass infolge des Krieges ums Leben kamen.

Lipp veröffentlichte einen Ausschnitt des Gesprächs in den sozialen Medien und schrieb dazu, diese Kinder seien der Grund, weshalb Russland seine Militäroperation begonnen habe.

Das Buch ist in zwei Kapitel gegliedert. Das erste erinnert an Kinder, die infolge dessen starben, was Soroka als einen «schrecklichen, nicht erklärten Krieg» bezeichnet. Das zweite widmet sich den Kindern, die seit inzwischen zwölf Jahren unmittelbar an der Front leben. Sie haben überlebt – doch ihre Kindheit ist vom Krieg geprägt.

Man braucht keine Raketen, um eine Generation zu zerstören

Soroka verweist auf einen Aspekt, der in der Debatte über Krieg und Völkermord ihrer Ansicht nach häufig ausgeblendet werde. Völkermord müsse nicht ausschliesslich anhand der Zahl der Todesopfer beurteilt werden. Sie verweist auf Definitionen, die auch schwere psychische Schäden sowie Lebensbedingungen einschliessen, die geeignet sind, eine Bevölkerungsgruppe langfristig zu zerstören oder zu zermürben. Diese Sichtweise steht im deutlichen Gegensatz zur vorherrschenden Darstellung in vielen westlichen Medien, in denen Russland als alleiniger Aggressor beschrieben wird. Die Ereignisse im Donbass zwischen 2014 und dem Beginn der russischen Militäroperation im Jahr 2022 seien dagegen nach Ansicht der Gesprächspartnerinnen weitgehend ausgeblendet oder nur am Rande behandelt worden.

Besonders eindrücklich schildert Soroka das Schicksal eines Mädchens, das 2014 – im Jahr des Ausbruchs des Donbass-Konflikts – geboren wurde. Krieg ist für sie kein Ausnahmezustand, sondern Alltag. Ihr Spielzeug seien Patronenhülsen und Granatsplitter gewesen. Sie erkenne den Beschuss anhand der Einschläge, wisse, aus welcher Richtung geschossen werde und wie sie sich in der Schule bei Angriffen verhalten müsse. Unabhängig von der politischen Einordnung zeigen solche Berichte die tiefgreifenden Folgen eines jahrelangen bewaffneten Konflikts für Kinder, die ihre gesamte Kindheit unter Kriegsbedingungen verbringen mussten.



Behörden und Medien schauen weg

Journalisten wie Alina Lipp, die aus den umkämpften Gebieten berichten und Gesprächspartner wie Anna Soroka zu Wort kommen lassen, werden von Kritikern als pro-russisch oder propagandistisch eingeordnet. Ihre Inhalte werden auf Plattformen teilweise eingeschränkt, sie steht auf Sanktionslisten und nach eigenen Angaben wurden Zahlungswege blockiert.

Die im Buch dokumentierten Schicksale bleiben davon jedoch unberührt. Sie werfen zugleich eine Frage auf: Warum wurde das Leid der Zivilbevölkerung und insbesondere der Kinder im Donbass über viele Jahre international vergleichsweise wenig thematisiert, während der Krieg seit 2022 weltweit enorme Aufmerksamkeit erhält?

Erinnerung als Verpflichtung

Alina Lipp fordert dazu auf, die Geschichten dieser Kinder nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. In einer Zeit, in der öffentliche Debatten zunehmend von Algorithmen, Plattformen und grossen Medienhäusern geprägt werden, sei dies wichtiger denn je.

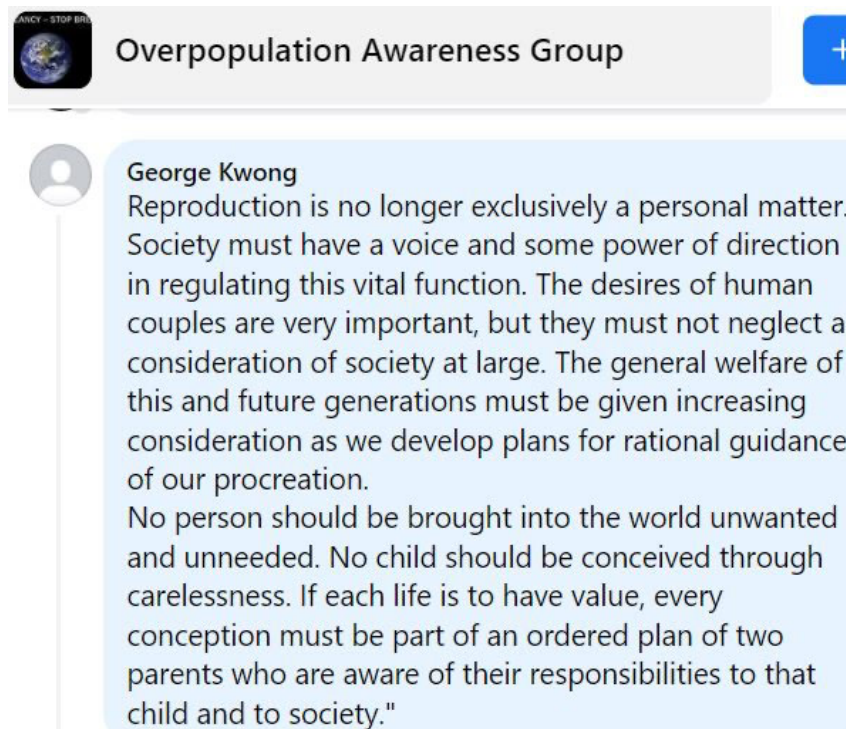
Das Buch gibt den Kindern des Donbass Namen, Gesichter und Biografien. Unabhängig davon, wie der Konflikt politisch bewertet wird, erinnert es daran, dass Kriege immer auch diejenigen treffen, die am wenigsten Einfluss auf ihren Verlauf haben.

Ob die internationale Öffentlichkeit bereit ist, sich auch mit diesen Geschichten auseinanderzusetzen, bleibt eine offene Frage

.Quelle: <https://uncutnews.ch/das-sind-die-gesichter-der-kinder-des-donbass-ein-buch-das-im-westen-kaum-jemand-kennt/>



**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter –
Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



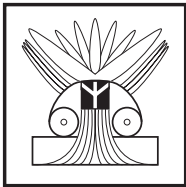
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todesymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todesymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todesymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

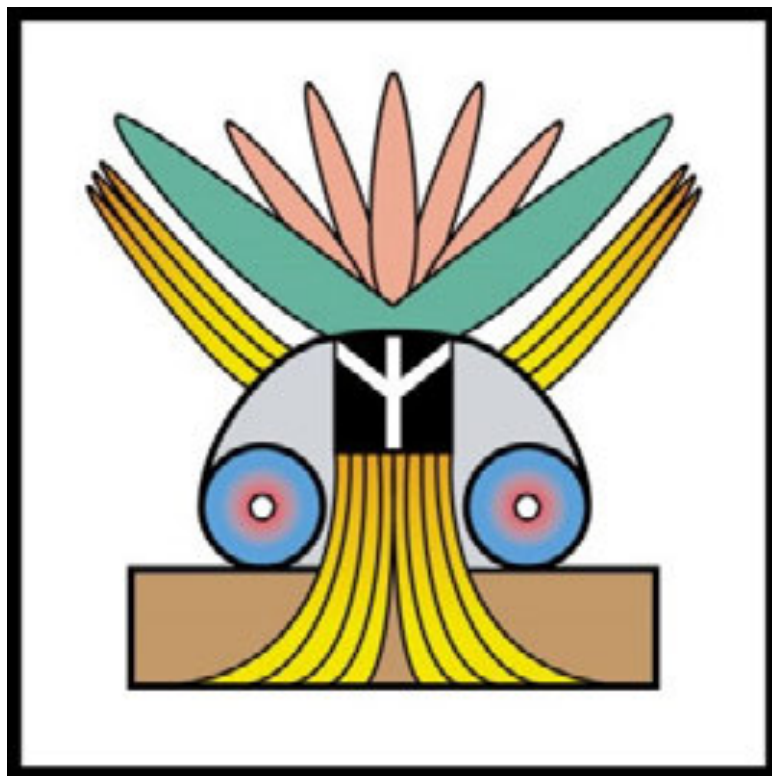
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

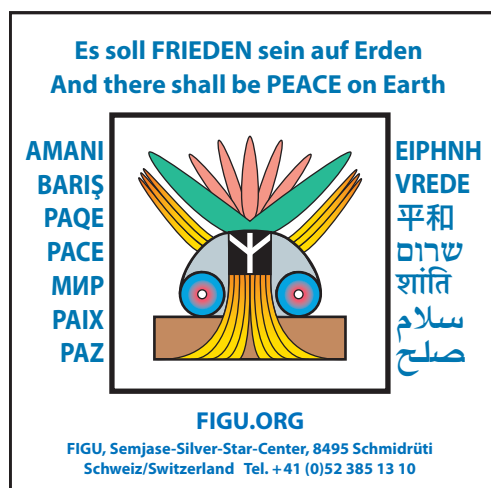
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

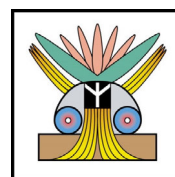
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslefre friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz